

Sozialdemokrat

Zent 37. 1 der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung
von Abonnenten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 14. Feber 1923.

Nr. 36.

Das Gesetz zum Schutze der Reaktion.

Mit jener Pünktlichkeit, welche die Regierung etwa bei der Erfüllung der feinerzeit feierlich angekündigten Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise vollständig vermissen ließ, hat sie gestern den Entwurf des sogenannten Gesetzes zum Schutze der Republik dem Abgeordnetenhause vorgelegt. Der Eindruck, den man beim Lesen des Entwurfes empfängt, ist ein bestürzender: das ist also das Ergebnis und der Schluß der Weisheit, zu dem die Herrschenden im Staate nach vier Jahren des Bestandes der tschechoslowakischen demokratischen Republik gekommen sind! Und was nicht minder bestürzend ist: der Entwurf ist von den tschechischen Koalitionsparteien ausgearbeitet und grundsätzlich gutgeheißen worden, also von der großen Mehrheit der Vertreter des tschechischen Volkes, das auf seine demokratischen und freiheitlichen Traditionen mit Recht einst stolz war. Es ist dem herrschenden System gelungen, in weite Kreise des tschechischen Volkes anstelle des Geistes dieser Traditionen einen Antisemitismus zu tragen, der es möglich macht, daß ihre parlamentarischen Abgeordneten es nun wagen können, diesen Gesetzesentwurf, mit dem die Demokratie und Freiheit endgültig zu Grabe getragen werden soll, voranzutreiben, ohne daß befürchtet werden dürfte, daß sich, mit Ausnahme der Kommunisten, im tschechischen Volke Widerstand erheben werde. Im Gegenteil: der Geist der Reaktion hat sich, dank des Wirkens der Koalitionsparteien, im Fühlen und Denken großer Bevölkerungsteile so festgesetzt, daß diese die Ansicht, es werde nunmehr allen „Feinden des Staates“ — und welche oppositionelle Partei würde nicht dazu gezählt werden! — der Daumen gründlich aufs Auge gesetzt werden, mit Zufriedenheit annehmen werden! Es ist weit gekommen mit der unter so glanzvollen Ankündigungen ins Leben getretenen „höheren Schmeiz“: bis zur Auslieferung der staatsbürgerlichen Freiheiten an die Willkür des Staatsanwaltes!

Die Vorlage des Entwurfes wird von der tschechischen Presse aller Schattierungen mit der üblichen, darum nur umso mißbilligeren Panischarnungsmuff begleitet. Alle Instrumente dieses biederer Mustkloppes sind auf den einen Ton gestimmt: „Der Staat ist in Gefahr!“ Das Gesetz soll ihn nun retten. Was es mit dieser Behauptung für eine Verwandnis hat, wurde schon ausreichend gesagt. Das Geschrei über die „bedrohte Republik“ soll nur dazu dienen, um den Furore aller braven tschechischen Patrioten in einem Maße zu erwecken, daß sie blind werden gegenüber dem Anschlag auf die Freiheit, den der Gesetzesentwurf bedeutet. Wenn jemand die Republik gefährdet, so sind es die Inspiratoren des Entwurfes, die damit einen Schlag gegen ihre demokratischen Grundlagen zu führen suchen. Selbst das Regierungsblatt „Prager Presse“, gibt gestern zu, daß die geistig-politische Revolution, die sich in ganz Europa abspielt hat, bei uns „nie als solche Form angenommen hat, wie in den Staaten, die uns in einer besonderen Schutzgebung vorangegangen sind“. Und das Wort bestätigt unsere Behauptung, daß bei uns „sich bisher — bis auf einige Vorfälle, die jedoch als fremdes Gewächs zu werten sind — trotz aller Wildheit der Polemik, im ganzen und großen der politische Kampf auf geistigem Gebiete, mit den Mitteln der Demokratie abgeschlossen hat.“ Wozu noch zu bemerken wäre, daß die „Wildheit“ vor allem in den „Polemiken“ gewisser Koalitionssitzungen, darunter am „wildesten“ in den nationaldemokratischen, zum Ausdruck kommt. Also wozu der Värm? Wenn bisher sich alle Kämpfe in den Bahnen der Demokratie abgespielt haben, warum dann ein solches drakonisches Ausnahmengesetz? Freilich möchte das genannte Blatt glauben machen, daß das Gesetz in der vorliegenden Form von einer unerhörten Wildheit erfüllt sei. Vielleicht könnte zu einer ähnlichen Auffassung auch mancher beim Vergleich des vom „Rude Bravo“ veröffentlichten ursprünglichen Entwurfes mit der Vorlage kommen, die gegenüber der ersten Fassung immerhin einige Abschwä-

Der deutsche Grenzverkehr im Westen gesperrt.

Geplante Besetzung von Darmstadt, Mannheim, Hamburg und Stettin?

Berlin, 13. Feber. (Eigenbericht.) Mit der Besetzung von Babel und Emmerich, die heute früh erfolgt ist, ist der deutsche Grenzverkehr im Westen vollständig gesperrt. Der internationale Verkehr wird sich nur über Hamburg und Bremen abwickeln. Es bleibt allerdings zu erwarten, ob die holländische Regierung ruhig zusehen wird, wenn der Handel mit Deutschland gesperrt wird. Die Franzosen planen bereits die Besetzung von Darmstadt und Mannheim im Süden und von Hamburg und Stettin im Norden, um den deutschen Außenhandel vollständig lahmzulegen.

England überläßt einen Teil der Besetzungszone an Frankreich?

London, 12. Feber. (Reuter.) Auf die französische Note bezüglich der Ruhr ist keinerlei endgültige Antwort gefandt worden, da die Frage betreffs der Eisenbahnen im Augenblicke als rein akademisch angesehen wird. Der Vorschlag der Franzosen, daß ein Teil der britischen Zone, ein Gebiet von etwa sechs Meilen in der Nordwestecke, den Franzosen abgetreten werden soll, wird jetzt erwogen.

Abzug der Engländer?

Berlin, 13. Feber. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus London werden die englischen Truppen Köln wahrscheinlich in den nächsten Tagen verlassen. Den zuständigen deutschen Stellen ist davon allerdings nichts bekannt. Die rheinische Bevölkerung würde den Abzug der Engländer lebhaft bedauern, da die Franzosen dann am Rhein frei schalten könnten.

Bei der belgischen Regierung erwachen Bedenken.

Brüssel, 13. Feber. (Havas.) „Civile Belge“ sagt, daß man im belgischen Kabinettsrat die Frage berührt habe, festzustellen, ob durch das Ausfahrverbot von Kohlentransporten im belgischen Gebiete sich nicht Lager anhäufen würden, welche, wenn sie nach Belgien oder anderen Ländern ausgeführt würden, den belgischen Industriellen Schaden könnten. Die Regierung wird deswegen bei den Industriellen anfragen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um ihre geistlichen (?) Interessen nicht zu verletzen. Die französische und belgische Regierung handeln in vollkommenem Einverständnis und es wird ohne vorherige Verständigung über diese Frage keinerlei Entscheidung getroffen werden.

Die Gewalttaten vom Nonstoa.

Berlin, 13. Feber. (Wolff.) In Gelsenkirchen trafen heute vormittags starke Abteilungen französischer Kavallerie, Artillerie und Tanks von Neudlinghausen her ein. Die Hauptwache im Polizeipräsidium wurde unter Anwendung

von Gewaltentwaffnet. Die Polizeibeamten wurden abgeführt und unermöglicht blutig geschlagen. — In Neudlinghausen wurden zwei Zehner von den Franzosen besetzt, worauf die Arbeiter sofort ausführen. Im Verlaufe der Verhandlungen wurden drei Mitglieder des Betriebsrates festgenommen, aber bald wieder freigelassen. — In Neudlinghausen fuhr vor dem Gebäude der Schunolizei drei französische Autos mit etwa 50 Soldaten vor und forderten die Herausgabe sämtlicher Waffen. Schließlich begnügten sie sich mit der Minnahme der Karabiner und ließen der Polizei die Revolver.

Breitscheid und Balfour.

Berlin, 13. Feber. (Eigenbericht.) Die Meldungen aus London, daß Genosse Breitscheid eine Unterredung mit Balfour hatte, um diesen zu einer Intervention zu bewegen, und daß Balfour bestimmte Vorkläufe Deutschlands für die Leistung der Reparationen verweigert, sind sehr unwahrscheinlich. Genosse Breitscheid hatte seinen irrenden wie offiziellen Auftrag in einer Vermittlungsaktion.

Neue Verhaftungen.

Berlin, 13. Feber. (Wolff.) In Essen ist der Bahnhof heute Mittag von den Beamten und Arbeitern stillgelegt worden, weil die Franzosen auf der Besetzung eines Bahnsteiges bestanden, der die Verbindung nach militarisierten Linien herstellt. Im Bezirk Ludwigschlag ist seit gestern nachmittags der Güterverkehr nach dem unbesetzten Gebiete auf dem Bahnhof sowie auf den Straßen gesperrt. In Gelsenkirchen wurde der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident, ein Polizeimajor, sowie der Reichsbankvorsteher heute unter großem Aufgebot von Truppen und Tanks verhaftet. Die Truppen besetzten das Rathaus und die Post. Am Nachmittag rückten sie wieder ab und die besetzten Gebäude wurden geräumt. Es blieb nur die frühere Besatzung zurück. Ueber das Schicksal der Verhafteten und abgeführten Beamten ist noch nichts bekannt.

Ein Proteststreik.

Witten, 12. Feber. (Wolff.) Wegen der hier in letzter Zeit vorgenommenen Verhaftungen trat heute die gesamte Bergwerkerschaft in einen 24stündigen Proteststreik.

Ein Mord.

Berlin, 13. Feber. Einer Blättermeldung aus Gelsenkirchen zufolge ist der gestern früh bei einem Zusammenstoße mit Franzosen durch zwei Dalkschüsse schwer verletzte Oberwachtmann e i t e r der Schuttpolizei Gutmacher seinen Verletzungen erlegen.

lungen aufweist. Aber man lese nur den Entwurf genau und wird finden, daß er auch nach den vorgenommenen Wilderungen unerhörte drückend ist und in den Händen einer stuppelosen Bürokratie jede freiheitliche Bewegung zu erdrücken geeignet ist.

Es wird noch Gelegenheit genommen werden, den Entwurf in seinen Einzelheiten zu beleuchten. Entgegen der Behauptung, daß das Gesetz „kein Ausnahmengesetz“ sei, wird es an Beweisen nicht fehlen, daß es ein Produkt der Ausnahmengesetzgebung allerhöchster Art ist, bestimmt, nicht die „Republik“, sondern die Herrschaft bestimmter reaktionärer Klassen zu schützen und zu stützen. Die faulischulartige Zähbarkeit einzelner Bestimmungen wird kaum annähernd von einem der alten österreichischen Gesetze erreicht, zum mindesten aber nicht übertroffen. Dazu kommt eine unerhörte Verschärfung aller Strafbestimmungen für alle durch das Gesetz verpönten Delikte. Seit vielen Jahrzehnten wurden schon die geltenden Strafbestimmungen fast nie mit voller Schärfe angewendet, ja, die Rechtsprechung ging bei der Strafbemessung meistens unter das geringste Strafmaß herunter, denn die volle Anwendung der in der reaktionärsten Epoche Österreichs geschaffenen Gesetze wurde längst als barbarisch empfunden. Der gegenwärtigen Regierung der tschechoslowakischen Republik blieb es vorbehalten, die aus der erwähnten Zeit über-

Die „Schutzpresse“ der Republik.

Wenn man am Tage der Einbringung des Gesetzes zum Schutze der Republik die tschechische Presse gelesen hat, so kann man sich der zierlichen Frage nicht erwehren, wohin die einst so demokratische tschechische Nation viereinhalb Jahre nach der Verwirklichung ihres nationalen Ideales, des selbständigen Staates, gekommen ist. Als feinerzeit die Wahlreform im alten Oesterreich gemacht wurde, da waren es fast alle tschechischen Parteien, welche sich mit Enthusiasmus für die demokratische Wahlreform einsetzten, während die deutschbürgerlichen Parteien nur von dem Streben besetzt waren, die große Werk der Demokratie zu verfallenen und zu verschleiern. Seitdem sind die Dinge anders geworden und man kann an der Stellung der tschechischen Blätter zum sogenannten Schutzgesetz feststellen, daß alle größeren tschechischen Parteien — mit Ausnahme der Kommunisten, die als einzige größere tschechische Partei das Gesetz bekämpfen — dieses Gesetz zum Schutze der Reaktion mit einer Freude begrüßen, die einer besseren Sache würdig wäre. Allen voran schreitet natürlich das Blatt des tschechischen Finanzkapitales, die „Narodni Listy“, denen das Gesetz wünschlich zu mag. Das Blatt schreibt:

Im übrigen sind die neuen Bestimmungen vielfach mäßiger als die bisherigen, nur dort, wo es sich um die Verfassungsmäßigkeit handelt, an der dem alten Oesterreich freilich nichts gelegen ist, sind die Strafen strenger.

Es ist geradezu rührend, wie die „Narodni Listy“ um die Verfassung besorgt sind!

Nur eines paßt den Nationaldemokraten nicht, nämlich, daß auch die nationalen Minderheiten geschützt werden sollen. So schreibt die „Narodni Democraie“:

Der Regierungsentwurf ist ängstlich objektiv. Es sind darin Paragraphen, welche — wenn sie nicht genauer formuliert werden, gegen diejenigen ausgelegt werden, welche die Republik schützen und zugunsten ihrer Feinde.

Das Schwesterblatt der „Narodni Listy“, die „Narodni Politika“, hat nichts Besseres zu tun, als allen denjenigen, die nicht die Politik der gegenwärtigen Regierungskoalition befolgen, zu drohen. Es schreibt, daß das Gesetz gegen diejenigen,

welche gegen die Republik arbeiten, scharf ist und auf die Feinde des Staates mit aller Wucht fallen wird, wie es sich zur Erhaltung der staatlichen Autorität geziemt.

Das Hauptblatt der Klerikalen, die „Lidove Listy“ sehen darin, daß die Opposition mit Energie das Gesetz bekämpft, nur einen Beweis für dessen ausgezeichnete Formulierung.

Die Opposition des Abgeordnetenhauses, welche bei Gelegenheit der Verhandlung des Gesetzes ihren Höhepunkt erreichen wird, ist ein Beweis dafür, daß das Gesetz von der staats-treuen Bürgerchaft mit Erleichterung aufgenommen werden wird, denn die Opposition bilden bei uns nur jene, welche die Republik angreifen.

Am vorsichtigsten noch drückt sich die „Tribuna“ aus, die sonst einen unabhängigen, besondern Standpunkt zu den politischen Ereignissen einnimmt, diesmal aber doch in das Horn der Regierungsmehrheit stößt. Sie schreibt resigniert:

Infolge der geänderten Verhältnisse, das ist die Schaffung der tschechoslowakischen Republik, ist es zum Schutze des Staates und seiner Träger nicht mehr möglich, mit den betreffenden Vorschriften auszukommen, weil diese zum Schutze der monarchistischen Ideen gedacht waren. Es war daher notwendig, die Vorschriften den neuen Verhältnissen anzupassen.

In pharisaischer Weise bemerkt zur Einbringung des Gesetzes das Blatt des Ministerpräsidenten, der agrarische „Venkov“:

Wenn die oppositionellen Parteien an dem Gesetz anzuklagen haben, daß es gegen sie gerichtet ist, kann man ihnen auf diese Anwürfe ruhig antworten, daß kein Staatsbürger, auch wenn er Angehöriger einer Oppositionspartei ist, sich vor der Härte des Gesetzes fürchten muß, denn wenn er nicht durch seine Tätigkeit die öffentliche Ruhe und Ordnung im Staate stört, kann er gemäß unserer demokratischen Verfassung für seine politische, religiöse oder nationale Überzeugung nicht verfolgt werden.

Den Vogel schießt die amtliche „Cesko-Slovenska Republika“, ob, die nur das eine bedenert, daß das Gesetz nicht schon früher da war. Das genannte Blatt schreibt:

Gleich von den ersten Tagen des Umsturzes an haben sowohl die politischen als auch die juristischen Fachleute, aber auch die breite

nommenen Gesetze noch als „unzureichend“ zu erkennen und sie zu verschärfen.

Warum soll denn das Gesetz „kein Ausnahmengesetz“ sein? Weil es — man höre! — nicht bloß auf kürzere Zeit in Geltung bleiben, sondern ein Dauergesetz sein soll! In der Tat: ein Beweis von durchschlagender Kraft! Die Reaktion will ihre Macht nicht bloß auf eine Zeit stützen, sondern sich dauernd häuslich im Staate niederlassen. Aus der nicht zeitlich begrenzten Geltungsdauer der von ihr zu schaffenden Hilfsmittel sucht sie den Schluß zu ziehen, daß es sich hierbei um kein Ausnahmengesetz handelt. Der Vorwand ist so einfältig und zugleich so infam, daß weder im In- noch im Ausland man ihm auch nur einen Augenblick glauben könnte.

Es ist fast überflüssig, zu sagen, daß von allen tschechischen Blättern das Blatt der tschechischen Sozialdemokraten am beredtesten und freudigsten für das Gesetz eintritt. Von allen betrüblichen Erscheinungen in den politischen Zuständen dieses Staates ist diese Entartung einer sozialistischen Partei die traurigste. Die tschechischen Arbeiter, die heute noch dieser Partei folgen, werden schon noch die Erfahrung machen, daß das in guter Laune am Faschingsdienstag vorgelegte Gesetz auch für sie eine verhängnisvolle Frucht der Koalitionspolitik ihrer Vertreter bedeutet. Dem Faschingsdienstag wird ein böser Aschermittwoch folgen!

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Öffentlichkeit bei verschiedenen Angelegenheiten und in verschiedener Form darauf gedrängt, damit das verwirklicht wird, was nun Schutz der Republik heißen soll und man kann behaupten, daß viel Unzufriedenheit und Verbitterung in der Öffentlichkeit zu dem Eindruck geführt haben, daß zum Schutze der republikanischen Staatsform und der Einheit unseres Staates nicht genug geschehen ist, daß unsere Demokratie in dieser Hinsicht Grenzen erreicht hat, welche schon als Abwege bezeichnet werden können.

Am Reigen derjenigen, denen der Schutz der Republik das höchste geworden ist, fehlt natürlich auch nicht das Hauptblatt der tschechischen Sozialdemokratie, das „Pravo Lidu“. Es schreibt:

Es handelt sich um ein Gesetz, dessen Bewilligung die Pflicht aller ist, denen an der Erhaltung und Verteidigung unserer Republik etwas gelegen ist und aller derjenigen, die auf dem Boden der Demokratie stehen, die jedem das durch die Verfassung verbürgte Recht verleihen, seinen Willen zur Geltung zu bringen.

Das heißt also, es gibt keine höhere Demokratie als diejenige, welche in der tschechoslowakischen Republik besteht. Die tschechoslowakische Republik selbst ist die schönste Frucht der Demokratie, und derjenige, der diese Demokratie weiter entwickeln will, gehört womöglich lebenslanglich in den Kerker. Die tschechische Sozialdemokratie knist pfeilschnell auf der schiefen Ebene herab, die sie von aller wahrhaften Demokratie wegführt.

Inland.

Bevorzugung der Zeitungen der Koalition.

Der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik ist in den tschechischen Morgenzeitungen abgedruckt und vielfach schon einer Besprechung unterzogen worden. Eine Ausnahme davon machten nur der „Sozialdemokrat“ und das „Rude Pravo“, welche das Gesetz aus dem einfachen Grunde nicht veröffentlichen konnten, weil es ihnen von den zuständigen Stellen nicht zugekommen war. Die beiden deutschsprachlichen Tagblätter prags veröffentlichen wohl den Wortlaut des Gesetzes, aber auch sie mühten es sich auf indirektem Wege beschaffen. Die Regierung hat nämlich den Entwurf einzig und allein den Redakteuren der tschechischen Koalitionspresse übergeben und dabei die Redaktionen aller übrigen Blätter schamlos übergegangen. Darin liegt eine unerhörte Bevorzugung der Koalitionspresse, wie sie mit gleicher Schamlosigkeit noch nie vordem betrieben wurde. Die betreffenden Organe der Regierung scheinen der Ansicht zu sein, daß die rechtzeitige Veröffentlichung von Gesetzesvorlagen ein ausschließliches Privileg der „sozialistischen“ Zeitungen sei und daß die anderen Blätter, die nicht das Horn der Regierung blasen, durch Vorenthaltung solcher Mitteilungen zu bestrafen sind. Es paßt ganz zu dem herrschenden Geiste, der im Begriff steht, ein Ausnahmengesetz schlammiger Art zu schaffen, auch gegen die unbedeutsame Presse der oppositionellen Parteien Ausnahmeverfügungen zu treffen. Aber die Herren irren sich, wenn sie glauben, daß man sich eine solche Bevorzugung der Regierung ergebenden Blätter gefallen lassen wird. Wenn die verantwortlichen Männer der Regierung nicht bei jedem Anstandsgewiss sind, so werden sie von selbst dafür Sorge tragen, daß ein solcher Skandal sich nicht wieder ereignet.

Ein neuer Chef der politischen Landesverwaltung in Böhmen. Wie die „Tribuna“ erfährt, steht der Rücktritt des Chefs der politischen Landesverwaltung in Böhmen Kofina bevor. Sein Nachfolger wird der ehemalige Ministerpräsident Dr. Cerny.

Die Regierung hat in der gestrigen Sitzung das „Gesetz zum Schutze der Republik“ eingebracht, das wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

§ 1 besagt, daß, „wer durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassung der Republik ändert, wer die verfassungsmäßige Tätigkeit des Präsidenten der Republik oder seines Stellvertreters, der gesetzgebenden Körperschaft der Regierung oder des Gouverneurs von Karpathenrußland einstellt oder eine solche Handlung versucht“, wird als Verbrecher mit schwerem Kerker von 5 bis zu 20 Jahren bestraft, unter besonders erschwerenden Umständen mit schwerem lebenslänglichem Kerker.

§ 2. „Wer sich mit jemandem zu Ausschlägen auf die Republik verbindet, wer zu diesem Zwecke Waffen, Geschosse oder andere Mittel bereitstellt“, wird mit schwerem Kerker von 1 bis zu 5 Jahren bestraft. Unter besonders erschwerenden Umständen mit schwerem Kerker von 5 bis zu 10 Jahren.

§ 3. sagt, daß, wer die Sicherheit der Republik bedroht, mit schwerem Kerker von 5 bis zu 10 Jahren bestraft wird. Unter erschwerenden Umständen mit schwerem Kerker von 10 bis 20 Jahren oder lebenslänglich.

§ 4 setzt die Strafe für einen Verstoß gegen die Republik fest, der bei der Verhandlung mit einer fremden Macht seine Pflicht verläßt, mit 1 bis zu 5 Jahren fest, unter Umständen sogar mit 5 bis zu 10 Jahren.

Der § 5 bedroht diejenigen, der ein solches Geheimnis verrät, mit Kerker von 6 Monaten bis zu 5 Jahren, unter erschwerenden Umständen mit Kerker von 5 bis zu 10 Jahren.

Der § 6 handelt von militärischem Verrat. Der Strafmaßstab ist hier 3 bis 5 Jahre, unter besonders erschwerenden Umständen 5 bis 10 Jahre oder lebenslänglichem Kerker.

Der § 7 besagt, daß der Versuch des Verbrechens des Verrats an dem Präsidenten der Republik mit lebenslänglichem Kerker bestraft wird. Derselbe Strafmaßstab gilt, wenn die Tat an einem Mitglied der Regierung, an einem Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft wegen der Ausübung ihrer Befugnisse, am Gouverneur von Karpathenrußland oder einem Mitglied des Staatsgerichtes begangen wird. Diese Personen sind auch geschützt, wenn sie ihr Amt bereits verlassen haben.

Am § 8 werden die Straffsätze für die körperliche Beschädigung der im vorigen Paragraphen genannten Personen mit 6 Monaten bis 5 Jahren festgesetzt und erhöht sich auf 5 bis 20 Jahre, wenn die Tat eine schwere körperliche Beschädigung oder den Tod des Betroffenen zur Folge hat.

§ 9. Wenn sich jemand mit einer Person zu den obenangeführten Zwecken verbindet, wird er mit 1 bis 5 Jahren bestraft.

§ 10. Die Richterverhinderung oder Nichtanzeige solcher strafbarer Unternehmungen wird mit Kerker von 6 Monaten bis zu 1 Jahre bestraft.

§ 11. Wenn die genannten verfassungsmäßigen Faktoren in der Ausübung ihrer Befugnisse gehindert werden, wird der Täter mit Kerker von 1 bis zu 5 Jahren bestraft, unter erschwerenden Umständen zu 5 bis 10 Jahren. Wenn sich jemand eine diesen verfassungsmäßigen Faktoren vorbehaltenen Befugnisse anmaßt, wird er mit Kerker von 6 Monaten bis zu einem Jahre bestraft, unter besonders erschwerenden Umständen mit Kerker von 1 bis zu 10 Jahren.

§ 12 lautet:

„Wer den Präsidenten der Republik oder dessen Stellvertreter durch Beschimpfung, schlechte Behandlung, Drohung mit schlechter Behandlung oder durch Gebärden an der Ehre beleidigt, wer ihn einer Handlung beschuldigt, oder von ihm eine andere Tatsache behauptet, obgleich ihm dem öffentlichen Spott preisgegeben, obwohl er weiß, daß er dadurch seine Ehre gefährdet, wird wegen Übertretung mit Gefängnis von acht Tagen bis zu sechs Monaten bestraft.“

Der Wahrheitsbeweis und die Ueberzeugung von der Wahrheit sind ausgeschlossen.

§ 13 bedroht unerlaubte Bewaffnung mit Kerker von einem Monat bis zu einem Jahre. Hat der Schuldige zu Zwecken eines Aufstandes gehandelt, von 6 Monaten bis zu 5 Jahren.

§ 14 besagt:

1. Der gegen den Staat, die staatliche Selbständigkeit, Anteilbarkeit oder die demokratisch-republikanische Staatsform aufhebt, wird wegen Vergehens mit strengem Gefängnis von einem Monate bis zu zwei Jahren bestraft. 2. Ebenso wird bestraft, wer zu massenhafter Nichterfüllung rechtlicher Verpflichtungen aufwiegelt, die durch Gesetz oder Regierungsverordnung auferlegt sind.“

§ 15 behandelt die Verbreitung unrichtiger Nachrichten und lautet:

1. Wer eine unwahre Nachricht verbreitet, die er für wahr zu halten keine genügenden Gründe hat, obwohl er weiß, daß er damit die Bevölkerung einer Gegend oder eines Ortes oder einen Teil dieser Bevölkerung ernstlich beunruhigt, wer eine solche unwahre Nachricht verbreitet, obwohl er weiß, daß er dadurch die Sicherheit des Staates, die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Ordnung von Bedarfsgegenständen verunsichert, wird wegen Vergehens mit Gefängnis von drei Tagen bis zu drei Monaten bestraft. 2. Weiß er aber, daß die Nachricht unrichtig ist, wird er wegen eines Vergehens mit strengem Gefängnis von acht Tagen bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 16 handelt von der öffentlichen Aufwiegelung. Darüber sagt der Absatz 1:

Wer öffentlich (§ 30 Z. 1) zu Gewalttätigkeiten oder zu anderen feindlichen Akten gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung wegen ihrer Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion oder deshalb, weil sie ohne Befehl sind, aufreizt, wird wegen Vergehens mit strengem Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

Abatz 3 lautet:

1. Wer öffentlich (§ 30 Z. 1) auf rohe und heberische Art die Republik, die Nation oder nationale Minderheiten so schmäht, daß das die Würde der Republik vernichten oder den allgemeinen Frieden in der Republik oder ihre internationalen Beziehungen bedrohen kann, wird wegen Vergehens mit Gefängnis von 8 Tagen bis 3 Monaten oder mit Geldstrafe von 200 Kronen bis 50.000 Kronen bestraft.

§ 17 bestraft jeden, der an geheimen Organisationsparteien teilnimmt mit strengem Arrest von 1 Monat bis zu 2 Jahren.

§ 18 handelt von der Antheilung von Straftaten.

§ 19 von der Rückkehr der Mitglieder der ehemaligen Herrscherfamilie oder Unterstützung einer solchen Rückkehr.

§ 20 setzt fest: Wer durch eine grobe Ungehörigkeit den Vollzug der Rechtsmacht der genannten verfassungsmäßigen Faktoren herabsetzt

oder unter dem Namen der Republik, ihr Wappen, Fahne oder Farben oder das Bild des Präsidenten der Republik schmähst, wird wegen Vergehens mit Arrest von 3 Tagen bis zu 3 Monaten oder Geldstrafen von 50 K bis zu 10.000 K bestraft.

§ 21 handelt von Verleitung oder Unterstützung militärischer Verbrechen.

§ 22 von der unerlaubten Werbung von Soldaten.

§ 23 von unerlaubter Berichterstattung. (Berichte über militärische Angelegenheiten), was mit Arrest von 8 Tagen bis zu 6 Monaten bestraft wird.

§ 24 setzt den Strafmaßstab für denjenigen, der an das Ausland Waffen ausführt mit einem Monat bis zu einem Jahre fest.

§ 25 wendet sich gegen jene Organe der öffentlichen Macht, welche die öffentliche Verwaltung bedrohen.

§ 26 handelt von der Beseitigung oder Errichtung unerlaubter Denkmäler. Der Paragraph lautet:

1. Ein politisches (staatspolitisches) Amt kann anordnen, daß Denkmäler, Aufschriften und andere Erinnerungen, die auf öffentlichen Plätzen oder so platziert sind, daß sie von öffentlichen Plätzen aus sichtbar sind, beseitigt werden, wenn sie antistaatlichen Charakters sind oder irgend einem Mitglied der: einer Familie, die in Österreich-Ungarn oder in der Tschechoslowakei oder irgend einem Mitglied einer Dynastie, die im Jahre 1914 auf dem Boden des Deutschen Reiches geherrscht hat, errichtet sind. Dasselbe Amt kann auch die Errichtung solcher Denkmäler, Aufschriften und Erinnerungen für die Zukunft verbieten.

Unter Denkmälern oder Erinnerungen werden hauptsächlich auch Plakate, Tafeln, Bilder, Wappen und Abzeichen verstanden.

Unter einem öffentlichen Orte versteht man im Sinne dieser Bestimmung Plätze, Gassen, öffentliche Wege, Parkanlagen, öffentliche Sammlungen, Bäder, Schulen, Ausstellungshallen und Vergnügungsorte und andere öffentlich zugängliche Plätze und Orte.

2. Entspricht jener, dem rechtsgültig verfügt wurde, ein solches Denkmal, eine solche Aufschrift oder Erinnerung zu beseitigen, dieser Verfügung in der festgesetzten Zeit nicht,

wer trotz des Verbotes ein solches neues Denkmal, Aufschrift oder Erinnerung errichtet,

wird vom politischen (staatspolitisches) Amte mit einer Strafe bis zu 10.000 Kronen oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit beiden Strafen bestraft.

§ 27 handelt von der tätigen Reue des Verüblers einer Straftat.

§ 28 behandelt die erschwerenden Umstände.

§ 29 von den Geldstrafen und der Vermögensbeschlagnahme.

§ 30 von den Ersatzstrafen für unerbittliche Geldstrafen.

§ 31 von der Beschlagnahme und dem Verfall jener Gegenstände, um die sich der Beschuldigte durch seine strafbare Handlung bereicherte.

§ 32 setzt fest, daß bei jeder Strafe der Verlust der bürgerlichen Ehre nicht ausgesprochen werden kann.

§ 33, daß der Ausländer wegen eines Verbrechens nach diesem Gesetze aus dem Gebiete der Republik ausgewiesen werden kann.

§ 34 handelt von der Einstellung periodischer Druckschriften. Es heißt da unter anderem:

Ist der Anspruch des Gerichtes in Rechtskraft erwachsen, so kann die politische Behörde

Die Lyrik der Industrie.

Von Armin T. Wegner.

Schon Zola, Veronier, Hauptmann haben die Welt der Industrie erlebt und gestaltet. Denn es ist von jeder die Mission des Dichters gewesen, die Sehnsucht erniedrigter, kämpfender und verzweifelter Seelen im Lied zu erlösen. Der Weg von jenem bekannten Volkslied „Es waren zwei Königskinder“ bis zu dem grauen Tagesende proletarischer Arbeitsskizze, denen das Triebrad ewig wieder drehen nicht Zeit läßt zu Liebe und Kinderglück, ist geringer als wir glauben sollten.

Aber die Lyrik der achtziger Jahre war damals ebenso wie die dramatische Dichtung der gleichen Generation, der auch Gerhart Hauptmann angehörte, in ihrer naturalistischen Periode begriffen. Das Georg Henckell, was Arno Holz („Buch der Zeit“, Sittlerverlag) und andere auf diesem Gebiete schufen, blieb trotz ihrer historisch nicht gering zu bewertenden Rolle, im Grunde Dilettantismus. Für diese Dichter, die unter dem Eindruck der sozialen Tendenz jener Epoche standen, handelte es sich in Wahrheit um ein politisch-literarisches Programm, das von unkontrollierten Mißverständnissen durchsetzt war. Zudem fehlte es allen Dichtern dieser Zeit an dichterischer Kraft der Gestaltung.

Allein Richard Dehmel, dem Dichter physischer Feriessenheit, gelang es in seiner Jugend, zu Beginn der neunziger Jahre, in Deutschland vereinzelt dichterische Werte zu schaffen, die reine Kunst waren, und die doch von dem Geiste moderner Arbeit befeuert schienen. Aber auch hier, in den Gedichten „Der Arbeitsmann“ und „Das Entgelt“ wird das Letztere noch untypisch auch jedem nicht industriellen Zeitalter gerechnet. In seinem „Arbeitsmann“ dagegen, in dem in der Tat etwas von dem rasch vorüberfliehenden, Zeit und Menschen erbarmungslos mit sich reisenden

Atenzug industrieller Gegenwart in das Ewige erhoben ist, geht er noch völlig unberührt an ihrer Landschaft vorüber. („Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind, mein Weib — und fehlt uns nur eine Kleinigkeit, um so frei zu sein wie die Vögel sind, — nur Zeit.“)

In der Folgezeit befaßte sich Richard Dehmel mehr mit den physischen Wirfeln erotischer Labyrinth und mit ihm wandte sich eine ganze Generation lange Jahre hindurch scheinbar für immer von einem Problem ab, das sie kaum zu lösen begonnen hatte. Weder hatte sie die Dinge aus ihrer realen Starbeit zu erlösen vermocht, noch Visionen oder Symbole darin gefunden.

Der erste, dem diese gewaltige Kraft in die Stimme gelegt war und der nicht an der Sprödigkeit des Stoffes scheiterte, war der Belgier Emile Verhaeren, der inzwischen längst zu Weltweit gelangter Dichter der „Villes tentaculaires“, der Fabriken, des Hymnus an die Arbeit. (Deutsch im Inselverlage zu Leipzig.) Wie er in seinem Zuge durch die gesamte Welt der Erscheinungen das Land, das Meer, die Städte in seinen Werken umfaßt, nahm er folgerichtig auch die Welt der Industrie darin auf, und nur einen gab es, der schon vor ihm in den endlosen Flutungen des modernen Lebens auch dieses Chaos, harmonisch estatisch empfand: den Amerikaner Walt Whitman. Aber während die gegenwärtige Existenz dieser Erscheinungen für Whitman nur rein zufällig konnte man sagen, einen Teil der Gesamtheit der Daseinsobjekte bildete, die er in seinem Amerikanismus wahllos bejahend, hat und mit zwerchfellerschütterndem Dröhnen bewundert. („Ob die Freuden des Lokomotivführers, mit seiner Lokomotive zu fahren“) war Verhaeren der erste, der die Möglichkeit in sich fand, in lyrisch hymnischer Form die ganze Welt der Industrie allseitig zu umfassen. Sein Hymnus „Die Fabriken“ ist nicht nur der Gesang über irgend ein vereinzeltes Werk industrieller Arbeit, es ist die Dichtung der Fabriken an sich, wie sie jede größere Stadt Europas an ihre

Flanken gepreßt, beherbergt. Besonders beachtenswert bleibt es dabei, daß von ihm zum ersten Mal auch die ganze heroische Landschaft industrieller Städte gezeichnet wurde. Und zwar nicht naturalistisch, sondern mythisch, visionär, ähnlich wie wir sie aus den Radierungen des Amerikaners Pennel und des Flamen Brangwyn kennen. Verhaeren zeichnet aber auch die ewige Idee der Arbeit, die den Menschen mit dem Menschen verbindet, und über Elend, Opfer und Ausbeutung hinweg sich wie ein goldener Regenbogen über die Stadt spannt. Er kehrt zu dieser verheißungsvollen Voraussicht des schaffenden Werktag unter anderem in seinem Hymnus „Die Arbeit“ zurück, und hat darin ein kleines lyrisches „Monument du travail“ geschaffen, das an Meuniers gleichnamige Schöpfung erinnert und auch an jenes unausgeführte, nur in einem Gipsmodell vorhandene Werk Rodins „Le tour du travail“, das gleichfalls einen Ueberblick über die vielfältigen und aufwärtssteigende Reihe aller menschlichen Arbeiten und Berufe geben sollte.

Ihr Arbeiter, Millionen Fiebernde, Gepechte, Die ihr, die Euren vom Wahn mißvollen Werks umstrahlt, Als Steger ...echt durch die Zeiten schreitet, In wieviel Bildern namenlosen Helmtums, — Gestählter Brust, mit wild und sichern Geften, In Ansturm, Duol, Triumph und endlicher Gewalt — Fühl ich die Zeichen eures awigen Ruhms In meinem Innern traglich aufgemalt!“

Erst als Verhaeren in Belgien das Pathos der neuen Zeit geschaffen hatte, begann auch die deutsche Lyrik, die inzwischen durch die Schule Dehmels, Stefan Georges und Rainer Maria Rilkes gegangen war und deren Ausdrucksmittel sich außerordentlich verfeinert hatten, sich zu Beginn dieses Jahrhunderts wieder der Gestaltung industrieller Erscheinungen zuzuwenden. Alfons Paquet, der in Deutschland zuerst auf diesem Wege fortschritt, kommt freilich noch ganz von Whitman her und bleibt auch in der Schilderung

seines Kupferstanzwerkes („Auf Erden“ Verlag Eugen Diederichs Jena) noch sehr im Stofflichen. Sogar Richard Dehmel selbst schuf in späterer Zeit in seinem Bude „Schöne wilde Welt“ (E. Fischer, Berlin) einen bedeutenden Zyklus „Die Dämonen“, eine gewaltige Symphonie des ewigen Werktag, aber auch der unentrinnbaren Folterkammer gepulsten Menschentums. Auch die „Werkleute auf Hans Rindland“, die industriellen Heimathoden am Rhein entwachsen, sich durch Beruf und Arbeit zusammenfanden, haben ähnliche Wege beschritten. „Nicht sentimentales Bedauern erweckt in uns der Rauch der Schloten und Hochöfen. Wir grüßen die tausend Kräfte, die an der Arbeit sind, um unsere Zeit von sich selbst zu erlösen.“ Das bisher bedeutendste, wenn auch gleichfalls nicht ganz von der Materie gelöste Werk, das aus der Mitte dieser Männer hervorging, sind die „Eiserne Sonne“ von Joseph Winkler (Inselverlag). Bei weitem am stärksten aber von allen Dichtern der jungen Generation, die das künstlerische Problem der Industrie in Angriff genommen haben, wirkt Paul Jech in seinen Büchern „Die eiserne Brücke“ und „Das schwarze Revier“ (Mufarionverlag). Bei Jech ist der Blick für das Elementare, das Verworren-Urweilliche der industriellen Landschaft besonders scharf. Die Vollkommenheit seines Verbaues übertrifft die der anderen zeitgenössischen Dichter der Industrie bei weitem. Feuer und Blitz, Wasser und Donner, Liebe und Tod schießen, in neue sinnbetörend grandiose und schredenerfüllte Bilder gefaßt, wie ein schwarzer Vogel in seinen Gedichten auf uns herab, und wir erkennen daraus, daß diese Welt der Industrie, die Millionen Brot, Leiden und Erhebung bedeutet, einen der stärksten Ausbrüche unseres physischen und seelischen Erlebens darstellt, voll von noch ungedeuteten Symbolen, eine Welt von nicht geringerer Größe als die Dantes und Michelangelos.

weiter Instanz die Einstellung der periodischen Druckschriften anordnen, und zwar bei Tagesblättern längstens auf einen Monat, bei periodischen mindestens dreimal wöchentlich erscheinenden Druckschriften längstens auf zwei Monate und bei den übrigen Druckschriften längstens auf sechs Wochen. Gegen diese Einstellung gibt es keine Rechtsmittel.

§ 35 handelt von der ausgesetzten bedingten Beurteilung, § 36 von der Zuständigkeit und Anklage, § 37 von der Verfolgung militärischer Personen, § 38 von der Verfolgung von Ausländern, § 39 von der Auslegung einzelner Ausdrücke des Gesetzes, § 40 von dem Verhältnis zu den bisherigen Bestimmungen, § 41 von dem Gesetz über Explosivstoffe, § 42 über den Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes am nächsten Tage nach der Kundmachung.

Abgeordnetenhaus.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, der mit allgemeiner Spannung entgegengegangen wurde, nahm einen ruhigen Verlauf. Nach Behandlung des Gesetzes über die vom Staat ausgehenden künstlerischen Gegenstände und des Handelsvertrages mit Lettland, wurde den Interpellationen unserer Genossen über die Wirtschaftskrise die Dringlichkeit zuerkannt. Die Koalition, die es sich zum Grundsatz gemacht hat, jede Anregung einer oppositionellen Partei abzulehnen, wollte ihre Zustimmung zur Beratung von Fragen, die das arbeitende Volk ohne Unterschied der Nation bedrücken, dennoch nicht verjagen, und daher beilegte sie sich, auch eine Interpellation über die Wirtschaftskrise einzubringen; wohl nur zu dem Zwecke, um sich von dem „Verdachte“, einem oppositionellen Antrage gefolgt zu sein, reinzuwaschen.

Im Einlaufe der Sitzung befindet sich der Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Republik, ferner der Gesetzentwurf, mit welchem das Abgeordnetenhaus den Vertrag mit Deutschland über die Auslieferung von Verbrechern genehmigen soll und schließlich ein Gesetzentwurf über die Durchführung der internationalen Diplomatenvision vom 23. Jänner 1912.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 15 Minuten. Die kommunistischen Abgeordneten rufen: Was ist mit den Arbeitslosen? Anstatt die Wirtschaftskrise zu mildern, will die Regierung die bürgerlichen Rechte erwürgen! Herger als im alten Oesterreich! u. a. m. Abg. Tausig wird zur Ordnung gerufen. Der Vorsitzende läutet, worauf Ruhe eintritt.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht des Kulturausschusses über das Gesetz betreffend die vom Staat ausgehenden Gegenstände von künstlerischer Bedeutung. Nach dem Berichterstatter Abg. Stadky spricht Abg. Houser (Kommunist), der auf die Erzeugung verweist, die das vorbereitete Gesetz zum Schutze der Republik hervorruft. Im Namen seiner Partei protestiert Redner gegen den Anschlag auf die bürgerliche Freiheit, den diese sowohl im Ausschuss als auch im Plenum des Hauses bekämpfen werde. Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird das Gesetz über die Kunstgegenstände in erster Lesung angenommen.

Der Berichterstatter des Gewerbeausschusses Abg. Retolich und der des Außenausschusses Abg. Dr. Derer referieren sodann über den Handelsvertrag der tschechoslowakischen Republik mit Lettland. Der erste Redner hierzu ist Abg. Werta (Kommunist), der die Aufhebung von Handelsbeziehungen mit Rußland verlangt. Er fordert die Anerkennung Sowjetrußlands de jure. Abg. Böhr (d. christl.-soz.) erklärt, der Handelsvertrag stelle einen unbedeutenden Bruchteil unseres Außenhandels dar. Viel wichtiger wäre die Besserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, mit denen uns 80 Prozent unserer Ausfuhr verbinden.

Abg. Drusovskij (tsch. Nat.-Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß der Handelsvertrag mit Sowjetrußland und der Ukraine baldigst auf die Tagesordnung des Hauses gelange. Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird die Vorlage angenommen.

Das Haus beschließt, den Interpellationen der Abg. Genossen Dietl, Cermak und Fischer betreffend Maßnahmen gegen das Steigen der Preise, der Abg. Gen. Schäfer, Roscher und Pohl über die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, sowie den Interpellationen der Kommunisten und der Koalition, die Dringlichkeit zuerkennen und die Debatte hierüber am 20. Febr. abzuführen.

Den Interpellationen der Abg. Genossen Dr. Czech, Cermak und Hillebrand über die auswärtige Situation, sowie der Interpellation des Abg. Dr. Reichl über die Richterdisziplinierungen wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Hierauf wird die Sitzung geschlossen. In einer zweiten Sitzung wird das Gesetz zum Schutze der Republik dem verfassungswidrlichen Ausschuss zugewiesen, welchem zu seiner Verhandlung eine Frist von zwölf Tagen zugemessen wird. Um 6 Uhr 25 Minuten abends wird die Sitzung geschlossen.

Kriegsdrohung der Türken.

Einberufung des Jahrganges 1920.

Konstantinopel, 13. Febr. (Havas.) Nach einer Meldung aus britischer Quelle teilte der türkische Kommandant dem britischen Admiral Nicholson mit, daß jeder Versuch, die Minen beim Hafen von Smyrna zu beseitigen, als casus belli (Grund zum Vorgehen) angesehen wird. „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß der Jahrgang 1920 einberufen wurde.

Aus dem Präsidium des Abgeordnetenhauses.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die weitere Einteilung der parlamentarischen Arbeiten für diese und die kommende Woche beraten. Die nächste Sitzung wurde für Freitag zehn Uhr vormittags mit folgender Tagesordnung angesetzt: 1. Bericht des Gewerbeausschusses und des Außenausschusses über den Regierungsantrag, durch welchen dem Parlament der Handelsvertrag der tschechoslowakischen Republik mit Portugal vorgelegt wird. 2. Zweite Lesung und 3. Wahlen in den Ständigen Ausschuss und die parlamentarische Erspargungskommission.

Für den Fall, daß das Haus den Interpellationen über die Wirtschaftskrise die Dringlichkeit zuerkennt, wurde beschloffen, die Debatte über diese Interpellationen am nächsten Dienstag abzuführen. Präsident Tomasek schlug sodann vor, dem verfassungswidrlichen Ausschuss für die Verhandlung des Gesetzes zum Schutze der Republik eine zwölfstägige Frist zu geben. Dagegen verwarf sich Vizepräsident Genosse Dr. Czech, der dafür eintrat, daß von einer Befristung abgesehen und dem Ausschuss die volle Freiheit der Verhandlung gewahrt werde. Das Präsidium entschied im Sinne des Antrages Tomaseks.

Es gelangte weiter der Antrag des Abgeordneten Genossen Dr. Czech, den Bericht des Gewerbeausschusses über den Vertrag mit Rußland auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, zur Verhandlung. Dieser Antrag wurde abgelehnt und das Präsidium entschied im Sinne des Antrages Butival, von der Verhandlung des Vertrages mit Rußland vorläufig abzusehen.

Telegramme.

Berühmte Regierungskrise in Sachsen.

Dresden, 13. Febr. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung, in der sich der Landtag zum zweitenmale mit der Regierungskrise zu befassen hatte, fand diese keine Lösung. Die lebhafteste Debatte, in der Redner aller Parteien sprachen, endete mit einer durch die Kommunisten verursachten Radausgrenze. Sowohl die Demokraten, als auch die Deutschnationalen versuchten, die Sozialdemokraten in eine Rechtskoalition zu drängen. Die Kommunisten hingegen erklärten, daß sie nur eine rein sozialistische Regierung, die sich auf die Betriebsräte stütze, unterstützen würden. Als man zur Wahl des Ministerpräsidenten schritt, kam dasselbe Stimmenverhältnis heraus wie bei der letzten Wahl am Dienstag voriger Woche. Die Stimmen waren zersplittert, sodah keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl erhielt. Nach der Wahl erklärten die Deutschnationalen, daß der Landtag einen Präsidenten wählen müsse und daß die Sozialdemokraten sich entweder für einen Mann mit den Bürgerlichen zusammen entscheiden oder Zimmeneinhaltung üben müßten, um eine Wahl zu ermöglichen. Sollten die Sozialdemokraten für keine dieser Möglichkeiten zu haben sein, so würden die Deutschnationalen die Auflösung des Landtages beantragen, da er sich nicht als lebensfähig erweist. Diese Drohung der Deutschnationalen ist nicht besonders ernst zu nehmen, da Neuwahlen ja keine Änderung ergeben würden. Der bevorstehende sozialdemokratische Landesparteitag wird sich darüber einig werden müssen, ob eine Koalition mit den Bürgerlichen bevorzugen soll.

Lubendorf gegen den Marxismus.

Wien, 13. Febr. (Eigenbericht.) Die „deutschoesterreichische Tageszeitung“ bringt heute ein Interview mit Lubendorf, woraus der eigentliche Zweck seiner Reise nach Oesterreich ersichtlich wird. Lubendorf hält die Lage für günstig, eine Einheitsfront gegen den Marxismus zu bilden. Da Deutschland militärisch zu schwach sei, um Frankreich entgegenzutreten, müsse der innere Feind bekämpft werden. Gegen den Marxismus müßten alle Bürgerlichen von den schwarzgelben Legitimisten bis zu den Hafenkreuzlern zusammengeführt werden.

Wenn man in diesem Zusammenhange Lubendorfs Reise nach München und das Treiben der Hafenkreuzler in Wien betrachtet, ergibt sich, daß

Ein Ultimatum — kein Ultimatum.

Konstantinopel, 12. Febr. (Havas.) In türkischen Kreisen wird die Meldung von der Ueberreichung eines Ultimatus an die Alliierten, nach welchem ihre Schiffe binnen drei Tagen den Hafen von Smyrna zu verlassen haben, formell dementiert. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und es besteht die Hoffnung auf eine friedliche Lösung. (Sich in diesem Zusammenhang widersprechender Nachrichten anzukennen, wird nahezu unmöglich, und nur das eine ist klar, daß weder Türken noch Alliierte wissen, was sie tun oder lassen sollen. D. Red.)

Die Arbeitervertreter im Völkerbund für die moralische Abrüstung.

Genf, 12. Febr. (Schw. D. A.) Die Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen beendete heute vormittags ihre Arbeiten. Vor Schluß der Sitzung wurde eine Erklärung verlesen, die ihr von Jouhaux im Namen der Arbeitervertreter der Kommission unterbreitet wurde. In dieser Erklärung wird die Notwendigkeit betont, die moralische Abrüstung durchzuführen. Diese müsse der materiellen vorausgehen. Der Völkerbund wird ersucht, Mittel und Wege zu finden, um diese moralische Abrüstung gemäß der in der Versammlung im Vorjahre gefaßten Resolution zu verwirklichen.

Die Kommission hat nach eingehender Diskussion einstimmig folgende Resolutionen angenommen: 1) Die Kommission, der ein Entwurf über einen gegenseitigen Garantievertrag zugegangen ist, beschließt, das Studium der Frage in der nächsten Session fortzusetzen; 2) Die Kommission überweist das ihr von Lord Robert Cecil unterbreitete Projekt über den gegenseitigen Garantievertrag der ständigen beratenden Kommission zur Einsicht und bittet den Rat, den Entwurf den Regierungen der Mitgliedsstaaten zuzuleiten, mit dem Ersuchen, ihn zu prüfen und ihre Ansicht darüber dem Räte bekanntzugeben.

Polen und die Tschechoslowakei

Gemeinsame Front gegen den „Pangermanismus“.

Warschau, 13. Febr. (Tsch. B.) Die gestrige Debatte über das Exposé des Außenministers geht vor allem dem Verhältnis Polens zu Sowjetrußland und Deutschland, zu den Ententemächten und der Kleinen Entente, insbesondere zu Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Es ist, meint das Telegraphenbüro, zu erwarten, daß die gestrige Debatte den Wendepunkt für die weitere Gestaltung der Beziehungen Polens zur Tschechoslowakei bilden werde, denn noch nie wurde im polnischen Parlamente so eingehend und aufrichtig über das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis gesprochen. Fast alle Redner der Rechten verlangten die Realisierung von Handels-, Wirtschafts- und Militärverträgen (!) mit der Tschechoslowakei. (Aus dem legerwärtigen Verlangen merkt man, woher der Wind weht! D. A.) Außer dem Abg. Szuda, der die Regelung der Nowojnafrage arguierte, widmete der Abg. Bombki (Poln. Volkspartei) einen Teil seiner Rede der Frage der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Er brachte sie mit dem Gefahren in Zusammenhang, die Polen aus dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo drohen. Korfanty erklärte u. a.: Unser Streit mit der Tschechoslowakei muß geschlichtet werden und wir müssen uns die Hände reichen, da uns die gemeinsame Gefahr des Pangermanismus bedroht, der wir eine gemeinsame Front vom Norden bis zum Süden entgegenzusetzen müssen. Der Abgeordnete der polnischen sozialistischen Partei, Pers, erinnerte daran, daß der ehemalige Außenminister Styranski mit der Tschechoslowakei einen Vertrag abschließen werde, den dem Hause vorzulegen er sich nicht zu fürchten brauche. Schließlich wurde das Exposé des Außenministers Styranski mit den Stimmen aller polnischen Parteien und Beisitzer zur Kenntnis genommen.

Ablehnung des Budgets im Senat.

Warschau, 13. Febr. In der gestrigen Sitzung des Senatsbudgetausschusses wurde der Antrag auf Beschleunigung des Staatsvoranschlages für das erste Vierteljahr des Jahres 1923 abgelehnt. Wie die Wäiter melden, besteht die Befürchtung, daß durch die Ablehnung diese Anträge, wozu besonders die Stimmen der nationaldemokratischen Senatoren beizutragen haben, Komplikationen im Sejm entstehen können.

Mussolinis Sorge um die Zukunft.

Rom, 13. Febr. (Havas.) In der Sitzung des großen Kabinetrates drückte Mussolini seine Unzufriedenheit über die Ansichten aus, die sich jetzt für die Zukunft des Faschismus bieten.

Die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Nichts spielt im Leben der Völker eine so schlimme Rolle als enttäuschte Hoffnungen. Die französische Regierung ist augenblicklich bemüht, dem französischen Volk Sand in die Augen zu streuen. Sie läßt den Wirtschaftssachverständigen Le Troquer befriedigt aus Düsseldorf zurückkehren. Sie versucht Hoffnungen auf einen häuslichen Streit zwischen den deutschen Parteien zu wecken. Sie läßt Kohlenzüge aus dem Saargebiet unter der Devise Ruhrkohle auf französisches Gebiet fahren. Dabei deutet der häufige Besuch der französischen Sachverständigen im Gebiet des Wirtschaftskampfes darauf hin, daß die französische Regierung mit den bisher erzielten Resultaten alles andere als zufrieden ist. Deshalb von einem endgültigen deutschen Erfolge sprechen, ließe in den Fehler der französischen Regierung fallen.

Als sich die Dinge nach dem Einrücken in das Ruhrgebiet übersehen ließen, gab die deutsche Regierung das Stichwort aus, mit den Kräften hanzuhalten und nur da in den Streit zu treten, wo es die Abwehraktion unbedingt erforderte. Diese Politik hat sich in den ersten Wochen vortrefflich bewährt und wird zum Teil auch heute noch mit Erfolg angewendet, doch infolge der Gegenzüge der Franzosen ergibt sich heute auf einzelnen Gebieten ein verändertes Bild. Die Rheinschiffahrt mußte gänzlich stillgelegt werden, da die Besatzungsbehörden den Frachtstrom für sich in Anspruch zu nehmen drohten. Technisch verhält es sich auf den Strecken der Eisenbahndirektionen Ludwigshafen, Mainz, Trier und Köln (soweit der Bezirk Köln nicht in die englische Zone fällt). In Baden hat die Besetzung von Offenburg und Appenweier die Wirkung gehabt, daß das badische Bahnnetz und damit auch der badische Wirtschaftskörper in zwei nicht mehr direkt zusammenhängende Teile zerschnitten wurde. Im Ruhrgebiet wird der Bahnverkehr zwar zum Teil noch aufrecht erhalten, aber der Verkehr selbst wird durch die Verstopfung der Bahnhöfe immer illusorischer. Die Kohle, die nicht mehr in nennenswerterem Umfange abtransportiert und kaum noch auf Balde gelagert werden kann, wird in Zukunft nur noch in immer beschränkterem Umfange abtransportiert werden können. Daß diese Zustände auch auf die anderen Industriezweige ihre Wirkung ausüben, ist selbstverständlich. Damit aleitet Deutschland allmählich in einen Zustand hinein, vor dem die Regierung wohlweislich gewarnt hat, es geht nämlich einer Art ungewollten Generalstreiks entgegen. Verursacht man ferner, daß Frankreich beabsichtigt, die Ausfuhr sämtlicher Industrieerzeugnisse aus dem besetzten in das unbesetzte Deutschland zu unterbinden, so ergibt sich, daß Deutschland vor einer effektiven Blockade steht. Es wird Sache der Gewerkschaften und der Regierung sein, Mittel zu finden, die auch der neuen Lage gerecht werden.

Ebert's Reise.

Berlin, 13. Febr. Heute vormittags ist der Reichspräsident Ebert von Karlsruhe nach Mannheim abgereist, wo ebenfalls eine Besprechung mit den Vertretern der Organe der Parteien und Berufsstände, namentlich aus der besetzten Pfalz, stattfindet. Von Mannheim begibt sich Ebert zum Besuche der heftigsten Regierung nach Darmstadt, wo gleichfalls Besprechungen mit den Vertretern aus dem besetzten Rheinhessen geplant sind.

Stimmen in Frankfurt.

Berlin, 13. Febr. (Eigenbericht.) Der Sekretär des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes Genosse Jimmen sprach gestern in einer Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre in Frankfurt. Er führte aus, daß bevorstehende die Internationale der Gewerkschaften die Erwartungen nicht erfüllt habe, die man auf sie setzen zu können glaubte. Die Schwäche der Arbeiterbewegung einzelner Länder mache den Generalstreik unmöglich. Immerhin gebe es erfreuliche Ansätze, wie den Sympathiestreit der holländischen Rheinschiffer. Genosse Jimmen wird in den nächsten Tagen in Berlin sprechen.

Beschlagnahme privater Automobile.

Dortmund, 12. Febr. (Wolff.) Der französische Divisionsgeneral Castrop forderte von der Stadt Dortmund dreißig Automobile. Die Stadtverwaltung lehnte diese Forderung ab. Darauf sind die Franzosen dazu übergegangen, Privatwagen an der Stadtgrenze festzuhalten und zu beschlagnahmen, ohne einen Ueberrahmschein auszustellen.

Auf einen Requisitionsbefehl des Generals Journer in Essen hin, der von dem Bürgermeister die Lieferung von 72 Personentransportwagen verlangte, erhob der Oberbürgermeister Protest und forderte die Rückgabe der zahlreich bereits beschlagnahmten Privatwagen. Die Requisition selbst zu erfüllen, lehnte er ab: „Das Privateigentum ist durch die Bestimmungen der Haager Konvention geschützt und dieser Eingriff selbst im Kriege als Maßnahme der Kriegführenden verboten.“

Neue Besetzungen.

Berlin, 13. Febr. (Wolff.) Wiesel und Emmerich sind heute morgens besetzt worden.

Tages-Neuigkeiten.

Aschermittwoch.

Strout Asche auf euer Haupt und kühet die Sünden des Fleisches! Carnis vale! Fleisch, leb wohl! Der Aschmied, zu dem uns der Aschermittwoch mahnt, fällt uns betrüblich leicht, von dem „Fleisch“ haben wir all die Tage des Fastens her weder im wörtlichen noch im übertragenen Sinne etwas bemerkt. Zwar getanz hat man bei uns wie überall in europäischen Ländern, weil es der Menschheit ein besonderes Vergnügen zu sein scheint, über brodelnden Vulkanen die tollsten Hopper und Sprünge zu vollführen, und lebendes Fleisch, nackte Beine und nackte Büsten belam genügend zu sehen, wer die Bälle und Theater des heurigen Winters zu besuchen genug leichtgenuß war. Aber sonst? Da noch das „Fleisch“ des Fastens bedenklich nach Kräutern und Verwischung, tat es sich in Arbeitslosigkeit und Bankrotten kund, in Mordanschlägen und Hinrichtungen und in der weiten Welt draußen in einer Vergewaltigung sondergleichen und in fieberhaften Juristungen zu einem neuen Weltkrieg. Fleisch, leb wohl! Der Aschermittwoch ist da und mit ihm der Regenhammer noch all den fraggwürdigen Genüssen, schon düstet der lauzere Häringsalat auf den Tischen der Diplomaten und Politiker. Wer fühlt nicht die heisenden Gerüche in seiner Nase: die Drohung zum Loschlagen in Smyrna? das quälende Unbehagen in Paris und Brüssel, da man mit den geraubten Waren nichts anzufangen weiß und bloß die Quellen der eigenen Produktion verstopft sieht? und die Kluge ins Ausnahmegericht hier bei uns, weil die vier Jahre des tschechoslowakischen Fastens glücklich alles draunter und drüber gebracht haben? Es war so schön, die Dame Republik auf den Ball zu führen und sich im Lichterglanz des Herrendressiers zu bespiegeln! Ein Führer beim Tanz dem Arbeiter hier und dem dem Tschechen, Slowaken und Ungarn dort, eine Anrempelung jedem, der dem stolzen Tanzpaar nicht aus der Bahn wich — was verschlags? Weniger als nichts, du liebe Gute, nur daß man sich jetzt beim Kehraus lauter mürrischen, unwilligen Gesichtern gegenüberbricht: Hungernden, die nichts zu arbeiten haben, Völkern, die man vor den Kopf gestochen hat, einem Staatsorganismus, der in Bürokratie, Korruption und Protektionwirtschaft erstarrt, und da hat man das begriffliche Bedürfnis, sich zu „schüveln“. Es ist das Aschermittwochgericht, das den überladenen Magen ausputzen soll, eine Suppe von deliziosen Geschmack und gekocht auf Kosten derer, die trotz aller Tritte noch nicht lutschen wollen. Der Raufsch der Staatsgründung ist vorbei, der graue Tag bricht an. Fleisch, leb wohl, strout Asche auf euer Haupt.

Das Volkszählungsergebnis.

Von 1000 Staatsbürgern 655 Tschechen und Slowaken, 231 Deutsche und 111 anderer Nationalität.

Morgen werden es auf den Tag zwei Jahre, daß die denkwürdige erste tschechoslowakische Volkszählung durchgeführt wurde. Solle zwei Jahre hat es gedauert, bis die Ergebnisse dieser Zählung veröffentlicht werden konnten. Man kann nicht gerade behaupten, daß sich auf diese Weise die Richtigkeit der Verwaltung und des statistischen Staatsamtes erprobt hat, das in der letzten Nummer seiner „Mitteilungen“ erst die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 15. Febrer 1921 verläutbart.

Nach dem Berichte des Statistischen Staatsamtes zählte die Tschechoslowakei am Volkszählungstage 13,611,340 Einwohner, davon 6,558,586 Männer und 7,052,754 Frauen. Der Ueberriß an Frauen beträgt eine halbe Million und ist seit dem Jahre 1910 als eine Folge des männermordenden Völkergemehls um 20 beim Tausend gewachsen! — Von der genannten Gesamtbevölkerung entfallen 13,372,406 auf tschechoslowakische Staatsbürger, der Rest (238,934) sind Ausländer. Von den tschechoslowakischen Staatsangehörigen haben sich 8,760,957 zur — nach der „tschecho-slowakischen“ Terminologie — tschechoslowakischen, 3,123,448 zur deutschen, 747,096 zur magyarischen, 461,466 zur russischen (sowjetrussischen, ukrainischen, tsarparthorussischen), 180,535 zur jüdischen, 75,852 zur polnischen und 23,052 einer anderen Nationalität bekannt.

Die tschechischen Volkszähler führen also die Vermengung der Begriffe „tschechisch“ und „slowakisch“ konsequent durch und verraten nirgends, in wievielen Tsdachen und in wie vielen Slowaken die achdreiermillionen Tschechoslowaken zerfallen. Es löme ja auch sonst zu deutlich zum Ausdruck, daß die Mehrheitsnation in Wahrheit ein Minderheitsvölk in diesem Staate ist. Auf künstlichem Wege also kommt man zu dieser Mehrheit, die 655 vom Tausend beträgt. Deutsche sind — nach der Volkszählung 231 von je tausend Staatsbürgern. Wenn man bedenkt, daß der übergroße Teil der 399,000 staatsfremden Einwohner Reichsdeutsche und Deutschösterreicher sind, so wird es klar, daß mehr als ein Viertel der Bewohner dieses Staates Deutsche sind. Das Volkszählungsergebnis stellt, wie nicht anders zu erwarten war, ein erhebliches Anwachsen der Staatsbürger „tschecho-slowakischer“ Nationalität und eine ziemlich Verminderung der Bevölkerungsziffer fast aller übrigen Nationalitäten fest. So haben sich beispielsweise 1000 einheimischen Staatsangehörigen im Jahre 1910 589.8 Personen zur „tschechoslowakischen“ Umgangssprache, i. J. 1921 655.1 Personen zur „tschechoslowakischen“ Nationalität bekannt, zur deutschen i. J. 1910 276.2, i. J. 1921 233.6 Personen; zur

Die englische Thronrede.

Debatte: Macdonald über Ruhrgebiet und Arbeitslosigkeit. — Bonar Law bezeichnet Frankreichs Vorgehen als verhängnisvoll.

London, 13. Febrer. In der Thronrede, mit welcher der König die neue Parlamentssession eröffnete, heißt es u. a.: Im Dezember des vorigen Jahres wurde in London eine Konferenz über die Frage der Reparationszahlungen abgehalten, die im Jänner in Paris fortgesetzt wurde. Meine Regierung wünschte eine völlige Lösung dieser Frage zu beschleunigen und hat den alliierten Regierungen zwingende Konzeptionen in der Frage der Schulden der Alliierten an Großbritannien angeboten. Ich bedauere außerordentlich, daß eine allgemeine Einigung nicht erzielt werden konnte. Infolgedessen ist die französische und belgische Regierung an die Durchführung eines von ihnen als geeignet angesehenen Planes geschritten und die italienische Regierung hat ihre Aktion unterstützt. Meine Regierung kann mit dieser Operation nicht übereinstimmen, aber an ihr teilnehmen, und geht in der Weise vor, daß die Schwierigkeiten ihrer Verbündeten nicht vergrößert werden. Während der verfloffenen drei Monate haben die Bevollmächtigten meiner Regierung gemeinsam mit den Bevollmächtigten der übrigen alliierten Mächte in Lausanne sich aufrichtig bemüht, dem Kriegszustande, der seit acht Jahren die Gegenden des Nahen Ostens verwüstet, ein Ende zu machen. Ich bedauere sehr, daß trotz der friedlichen Gesinnung, die die Verbündeten bewiesen, und trotz der richtigen Konzeptionen, zu denen sie bereit waren, der Vertrag unmittelbar vor seiner Unterzeichnung von den türkischen Delegierten abgelehnt wurde. Ich hoffe aber, daß die türkische Regierung, bis sie eingehende Nachrichten über den Gang der Arieren in Händen hat, später doch bereit sein wird, den Vertrag anzunehmen und nicht eine so aufrichtig und mühselig bereitete Gelegenheit zur Erneuerung des Friedens im Osten als auch für den Bestand des künftigen Türkischen Staates opfern wird.

Die jüngste Besserung des Ueberseehandels läßt eine bessere Zukunft erhoffen und der König ist überzeugt, daß man mit einer ständigen Hebung des Uebersee- und des heimischen Handels rechnen kann.

London, 13. Febrer. (M.) Die Debatte über die Thronrede wurde im Unterhause in herge-

magyarischen i. J. 1910 79.7, i. J. 1921 55.9 Personen bekannt. Man weiß, wie diese Steigerung auf der einen und diese Abnahme auf der andern Seite in der Hauptsache zu erklären ist. Trotzdem wird aber die hergestellte Abnahme der Deutschen um vier Prozent viel weniger für diese, als für gewisse Leute eine unangenehme Ueberraschung bieten, die sich da einbilden, daß diese Volkszählung der Anfang vom Ende der trotz allem und allen noch immer staatlich zugegebenen Dreimillionen sein werde.

Was das Glaubensbekenntnis anlangt, hat die Volkszählung ergeben, daß 10,384,860 Einwohner römisch-katholisch, 992,083 evangelisch, 724,503 konfessionslos, 525,332 tschechoslowakisch, 353,925 israelitisch, 532,608 griechisch- und armenisch-katholisch, 72,696 griechisch-orientalisch (orthodox) und 25,342 eines anderen oder unbekanntem Glaubensbekenntnisses sind. Diese Daten sind längst überholt. Seit dem Jahre 1921 haben viele, viele Tausende namentlich die römisch-katholische Kirche verlassen, die Zahl der Konfessionslosen, die nach der Statistik mehr als fünf Prozent beträgt, ist seitdem bedeutend gestiegen. Jedenfalls legt dieses Ergebnis ein, wenn auch nicht ganz einwandfreies Zeugnis ab von der riesenhaften Organisation der römischen Kirche.

Eine Gemeinde, deren sämtliche Bewohner Sozialdemokraten sind. Die Gemeinde Untergöyental in der Nähe von Jaidau in Sachsen hat 224 Einwohner, davon 110 Wähler; bei der letzten Wahl war keine bürgerliche Stimme abgegeben worden. Das Wahlrecht hatten 102 ausgeübt. Gemeindevorstand und Gemeindevorstand sind Sozialdemokraten. Schulspflichtige Kinder hat die Gemeinde 42, welche alle den Sitten- und Moralunterricht besuchen. 50 Personen sind aus der Kirche ausgestiegen. Gewerkschaftlich organisiert sind 92, politisch 58. Alle Haushaltungsvorfahren sind als Genossenschaftsmitglieder eingetragen.

Unsere Toten. Aus Bärn in Wärien wird uns geschrieben: Samstag den 10. Febrer hat die Bärner Arbeiterschaft den leider viel zu früh verstorbenen Genossen Koblißke zu Grabe geleitet. Was der Verstorbene der Bärner Arbeiterschaft war, kann nur der voll erfassen, der seine ein ganzes Menschenalter währende Tätigkeit auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung mitverfolgt konnte; das bewies aber auch die massenhafte Beteiligung der Arbeiterschaft am Leidenbegangnisse. Aber die Arbeit des Verstorbenen wurde weit über die engen Grenzen seines Wohnortes hinaus beachtet und geschätzt. Besonders was er auf sozialgenossenschaftlichem Gebiete geleistet, wird beispielgebend noch für spätere Generationen bleiben. Es hatten sich denn auch Vertreter der Konsumgenossenschaftlichen Freundschaft, Oederer, Troppan, Sternberg, Olmütz, Homood, sowie das Präsidat der G. C. C. Olmütz und des Sekretariates Olmütz des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften beim Begräbnisse eingefunden. Für den sozialdemokratischen Wahlverein Sternberg war Genosse Weiß erschienen. Daß Genosse Koblißke aber nicht nur ein unerschrockener, stets tatbereiter

brachter Weise durch den Führer der Opposition eröffnet. Der Sprecher der Arbeiterpartei Ramsay MacDonald sprach die Ansicht aus, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen nicht von Erfolg begleitet sein könne. Er bedauerte den Geist, der die Alliierten beherrsche, als sie die Reparationspolitik in Versailles festsetzten. Redner empfahl, daß vonseiten Großbritanniens eine wohlwollende Neutralität hinsichtlich der Ereignisse im Ruhrgebiet beobachtet werde. MacDonald appellierte sodann an alle Parteien des Hauses, ohne Vorurteil das schwierige Problem der Arbeitslosigkeit in Angriff zu nehmen. Er stellte weiters an den Premierminister die Anfrage, ob an Frankreich hinsichtlich der Zahlung der französischen Schuld an Großbritannien irgend eine Mitteilung gemacht wurde.

Hierauf ergriff Bonar Law das Wort und führte zunächst aus, daß die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent zurückgegangen sei, sowie daß die Handelsverhältnisse sich gebessert hätten. Er erwähnte sodann die Verhältnisse im Nahen Osten und sagte, niemand in Großbritannien wünsche den Krieg. Er sei fest überzeugt und hoffe, daß keine Kriegsgefahr bestehe.

Hinsichtlich des Reparationsproblems sagte der Premierminister, habe Großbritannien vorgeschlagen, daß Deutschland 2500 Millionen Pfund Sterling bezahlen sollte und England war bereit, auf dieser Basis zu verhandeln. Ueber das Ruhrgebiet erklärte Bonar Law unter anderem: Ich habe geglaubt, daß wir die Rekonstruktion Europas mit Frankreich gemeinsam durchführen können. Gleich zu Beginn war ich mir sicher, daß Frankreich, indem es diesen Weg beschreitet, etwas Verhängnisvolles, nicht nur für Europa, sondern auch für sich selbst unternimmt. Noch unserer Ansicht war dieses Vorgehen gefährlich und verhängnisvoll für das Wirtschaftsleben Europas. So hat es sich auch erwiesen. Das was ich befrüchtigt, ist eingetreten und dies ist noch nicht alles. Das Ruhrgebiet ist die Hauptader des europäischen Industrielebens und Frankreich hat sich mehr geschadet, als irgend jemandem anderen.

Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft war, sondern auch ein Mensch von strenger Redlichkeit und seltener Herzengüte, das zeigte die arke Beteiligung jener am Leidenbegangnisse, welche nicht unsere politischen Anschauungen teilen. So begleitete die gesamte Gemeindevorstandung und die Mitglieder aller Ausschüsse, denen der Verstorbene ehemals angehört hatte, sowie der Vertreter der tschechischen Bezirksverwaltung ihn auf dem letzten Wege. Der Bürgermeister widmete dem dahingegangenen Amtsfolger, dem Koblißke beilebete seit dem letzten Gemeinderatswahl die Stelle des ersten Bürgermeister-Stellvertreters in Bärn, warme Worte des Dankes und Gedenkens. Weiter nahmen Abschied von unserem toten Mitkämpfer im Namen der Konsumgenossenschaftlichen Genossenschaft Olmütz und namens der sozialdemokratischen Partei Genosse Weiß. — Mit dem Verstorbenen scheidet ein Genosse voll unerschütterlicher Wertschätzung, ein Mensch von nie verlagernder Hilfsbereitschaft aus unseren Reihen. Wie er gelebt und wie er für die Sache der Proletariats gekämpft und gelitten, wird im Andenken der Arbeiterschaft bestehen und uns anspornen, seinem Beispiele nachzueifern.

Begnadigt. Der Präsident der Republik hat die Mörder des Gendarmewachmeisters Brng und des Heizers Danel, den 34-jährigen Tischlergehilfen Josef Konečný und den 27-jährigen Alois Novotný, die durch das Urteil des Schwurgerichtes in Olmütz vom 13. Oktober v. J. zur Todesstrafe verurteilt wurden, begnadigt. Die Todesstrafe wurde bei Novotný in lebenslänglichen Kerker, bei Konečný in 20-jährigen schweren Kerker umgewandelt.

Verstillkammerung des Befindens des Finanzministers Dr. Rajshin. Der bisher gute Appetit hat einigermaßen abgenommen und infolgedessen auch der allgemeine Kräftezustand. Temperatur 37.7, Puls 120, Atem 22, heute: Temperatur 36.9, Puls 110, Atem 22. Zu dem Kranken wurde Professor Babinski aus Paris berufen, der in den nächsten Tagen in Prag eintreffen wird.

Der „Versöhnungsbund“ veranstaltet am 15. Febrer im großen Saal, Weinberge, Jungmannstraße 25, um halb 8 Uhr abends einen Vortragsabend mit der Tagesordnung: „Ist eine Annäherung zwischen Deutschen und Tschechen möglich?“

Niefenbetrügereien einer Grazer Holzfirma. Auf die Anzeige zweier Holzgesellschaften wurde der Präsident der Grazer Handels- und Industrie-Gesellschaft Török, verhaftet. Die Gesellschaft, die ein großes Bureau eingerichtet hat, besitzt einen Wald, der ungefähr 7000 Festmeter Holz enthält. Wie die Anzeige behauptet, machte Török auf diesen Wald Abschlässe von 14,000 Festmetern, also auf das Doppelte des vorhandenen Quantums, und nahm darauf von verschiedenen Grazer und auswärtigen Holzfirmen Anzahlungen entgegen, die den Betrag von einer Milliarde Kronen übersteigen. Die tatsächliche Lieferung beschränkte sich auf ein Quantum von 120 Festmetern.

Eine Wahnsinnstat. In der Remongasse in Wien wohnte der Wärdergehilfe Josef Franz mit

seiner Schwester und seiner Frau Anna Franz, die er als Läger bei seiner Mutter, der Hausbesorgerin Anna Franz, Franz glaubte nun, daß er wegen materiellen Schwierigkeiten seine Frau nicht werde heiraten können und beschloß in einem Anfall von Wahnsinn, die ganze Familie umzubringen. In der Nacht zum Montag öffnete er in der Wohnung alle Gasohle. Seine Mutter erwachte jedoch und wollte die Fenster öffnen, wobei sie ausrief: „Fenster öffnen! Leuchtgas!“ Franz stürzte sich jedoch auf seine Mutter und schnitt ihr von rückwärts mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Dann tötete er auf gleiche Weise seine Frau und ging dann auf seine Schwester los, die durch den Ruf der Mutter erwacht war. Nach verzweifeltem Kampfe entloß die Schwester, die zahlreiche Stichwunden am Körper hatte, durchs Fenster. Bevor die durch die Hausbewohner alarmierte Polizei herbeikam, hatte sich Franz am Fensterkreuz erhängt. Er und seine Frau wurden als Leichen vorgefunden. Die Mutter des Franz ist auf dem Wege ins Spital ihrer furchtbaren Verletzung erlegen.

Die niederländische Sozialdemokratie gegen die Ruhrbesetzung. Haag, 13. Febrer. (Tsch. B.) Auf Vorschlag des Vorsitzenden der zweiten Kammer wurde der Antrag des Führers der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Troelstra, eine Interpellation über die Lage im Ruhrgebiet zuzulassen, mit 56 gegen 26 Stimmen abgelehnt. In der Minderheit befinden sich die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die freistündigen Demokraten.

Die Unbildung der amerikanischen Studenten. In den „New York Times“ führt ein Professor bittere Klage über die Gleichgültigkeit, wie sie die jungen Amerikaner gegenüber den Vorgängen in Europa an den Tag legen, und er verweist zur Begründung seiner Klage auf die Unkenntnis, die die Studenten mancher amerikanischen Universitäten bei den Prüfungen offenbaren. Auf Fragen wie etwa „Wo liegt Gallizien?“, „Wie heißt die Hauptstadt Bulgariens?“, „An welche Länder grenzt Serbien?“, „In welchem Land liegt Kolumbi?“, kurz, bei allen Dingen, die in der Presse Tag für Tag besprochen werden, gaben von 53 Studenten 42 ganz sinnlose Antworten. So versicherte einer, daß Kolumbi in Polen liege, und auf die Frage, wer in der Türkei herrsche, erfolgten die merkwürdigen Antworten. Bezeichnete doch selbst den gegenwärtigen König von Italien einer der Prüflinge als Viktor Emanuel XXIV. und als Staatsoberhaupt Bulgariens wurde von einem anderen König August genannt. Kein Student war imstande, alle vorgelegten Fragen richtig zu beantworten. Nach der Behauptung des amerikanischen Professors kommen die Studenten vollständig ungenügend vorbereitet zur Universität. Auf den höheren Schulen begnügen sich die Schüler damit, sich auf dem Gebiet der Geschichte, der Kunst, der Politik und Geographie ein paar Schlagworte anzueignen, die ihnen die Illusion geben, eine wissenschaftliche Materie zu beherrschen, von der sie so gut wie nichts wissen.

Das gefährliche Abpringen aus dem fahrenden Zuge. Der Bahnarbeiter Mesner aus Koferschan bei Walsch sprang stets, wenn er mit dem Zuge von seiner Arbeit heimkehrte, bei dem Wohnhause seiner Eltern aus dem fahrenden Zuge, um ein Stück Wege zu ersparen. Am Freitag abend mußte Mesner, der oft wegen seines unverantwortlichen Tuns zur Rede gestellt wurde, das Abpringen mit dem Tode bezahlen. Er fiel nämlich so unglücklich hin, daß er auf dem Geleise bewußlos liegen blieb. Der eben herankommende Gegenzug zermalmte Mesner auf furchtbare Weise.

Unter den Nädern der Lokomotive. Bei der Station Salkau wurde, wie aus Mäheloh gemeldet wird, der 19-jährige Tischlergehilfe Josef Pflanzler aus Teschnitz bei Saaz von der Lokomotive eines Personenzuges überfahren. Der Lokomotivführer und der Heizer lohen Pflanzler auf den Schienen stehen und machten ihn durch Rufen und Pfeifen auf das Nahen des Zuges aufmerksam. Sie konnten, als der hartnäckige Selbstmörder nicht wegspringen wollte, den Zug nicht mehr zum Stehen bringen, so daß Pflanzler unter die Lokomotive geriet. Die Leiche des Selbstmörders, der die Tat aus unglücklicher Liebe begangen hat, wurde ganz entstellt unter den Nädern des Zuges hervorgezogen.

Festnahme gefährlicher Einbrecher in Reichenberg. Der Reichenberger Polizei ist es gelungen, einige gefährliche und berüchtigte Einbrecher festzunehmen. Es sind dies der Schlossergehilfe Oskar Reifegast aus Rumburg, der Sattlergehilfe Adolf Pfallgocaf aus Saaz, der Handlungsgehilfe Weinberger aus Teplitz und der Elektrotechniker Franz Linke aus Grassitz. Gleichzeitig wurde auch die Näherin Remsch und der Händler Tschöbner verhaftet, weil die beiden das Diebstahl bei sich aufbewahrten oder erwarben. Reifegast, Pfallgocaf und Weinberger erbrachen am 8. Febrer das Tuschlager der Firma Hirsch u. Dub und raubten Waren im Werte von 10,000 Kronen. Ferner hat das Aechblatt aus einer Dachkammer am Altstädter Platz in Reichenberg Aechblattstücke um 12,000 Kronen entwendet. Schließlich wird Reifegast noch ein Diebstahl im Hotel „Schwarzes Roß“ zur Last gelegt. Franz Linke ist bekannt als Einbrecher von Auslageläden. Bei sechs Auslagereinbrüchen in der letzten Zeit hat er zumindest die Hand im Spiele gehabt. Alle Verhafteten wurden dem Kreisgerichte eingeliefert.

Ein Gendarm ermordet. Donnerstag abends verhaftete der Gendarmewachmeister in Friedland einen verdächtigen Landstreicher und führte ihn auf die Wachtube. Als der Wachmeister das Gebäude der Gendarmestation aufschloß, sprang der Landstreicher von rückwärts auf ihn, entriß ihm das Gewehr und erschog den Gendarmen durch zwei Schüsse. Der begangener Tat flüchtete er mit dem Gewehr in die nahen Wälder, wo er bisher vergeblich gesucht wird.

Kleine Chronik.

Ein deutscher Dampfer gestrandet.

Reun Mann ertrunken.
Bergen, 12. Febr. In der Nacht zum Sonntag strandete auf ei. der Klippe, fünf Meilen von Bergen, der deutsche Dampfer „Walterhof“ aus Cuxhaven. Die aus zwölf Mann bestehende Mannschaft und der norwegische Lotsen versuchten sich auf ein Floß zu retten. Das Schiff sank sofort. Das Floß trieb sieben Stunden auf dem Meere, bis Rettung kam. Nur drei Mann waren noch am Leben. Unter den Ertrunkenen befindet sich auch der Lotsen.

Brand auf der Triester Wüstermesse.

Rom, 13. Febr. (Govas.) Die hiesigen Blätter melden, daß auf dem Ausstellungsplatz der Triester Wüstermesse ein Brand ausbrach, der drei Viertel aller Gebäude vernichtete. Um eine Weiterverbreitung des Brandes zu verhindern, mußten auch die übrigen Gebäude eingestürzt werden. Der Schaden wird auf zwei Millionen Lire geschätzt.

Brand im argentinischen Kriegshafen. Aus Bahia Blanca wird gemeldet: Ein Brand vernichtete zum Teile den hiesigen Kriegshafen, wo sich auch die Basis für die Militärflotte befand.

Luftverkehr: Kopenhagen—Hamburg—Rhein—London. Die „Dänische Gesellschaft für den Luftverkehr“ wird am 15. April die Verbindung Kopenhagen—Hamburg—Rhein a. M.—London aufnehmen. Von Kopenhagen nach Hamburg wird der Weg mit Flugzeug, von Hamburg nach Rhein mit dem Wege und von Rhein nach London wieder mit dem Flugzeuge zurückgelegt. Die ganze Reise dauert 21 Stunden. Rechn. lich wird dies auch in umgekehrter Richtung der Fall sein. Diese ganze gemischte Verbindung, die auf dem Feinsten beruht, „mit dem Flugzeuge am Tage“ und „mit dem Wege in der Nacht“ wird Anstoß an alle europäischen und nordafrikanischen Expeditoren haben.

Gerichtssaal.

Unternehmer und Lehrling.

Prag, 12. Febr. Am 20. Dezember kam es in der Bäckerei S. in Prag zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Geschäftsführer Ferdinand S. und dem Geschäftsdieners und Lehrling Wenzel K. a. z. v. Im Verlauf des erregten Wortwechsels gab S. dem Lehrling einige Ohrfeigen, worauf dieser ein Bügelmesser ergriff und sich gegen seinen Angreifer wandte. S. gab ihm jedoch einen Stoß, so daß er hinfiel und sich an der Hand verletzte. — Heute hatte sich S. wegen leichter Körperverletzung zu verantworten. Er gab an, daß er sich durch das Bügelmesser, das sein Lehrling ergriffen hatte, bedroht gefühlt habe und daß er K. a. z. v. daher nur von sich abgewehrt hätte. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Unternehmers an und sprach ihn frei, da er „das Ausmaß seines Züchtigungsrechtes (!) nicht (!) überschritten“ habe. Die Verhandlung war sehr kurz. Denn wegen einiger Ohrfeigen und eines, wenn auch unfairen Hippenstoßes, den ein Lehrling erhält, macht man bei uns keine großen Geschichten.

Aus Liebe zur Defraudantin geworden.

Prag, 12. Febr. Die Postausstillsbeamtin Antonie K. aus K. u. s. w. ist entwendet aus der Postkassa vom Anfang des Jahres 1921 bis Ende des Jahres 1922 insgesamt 14.500 K. Sie gestand bei

ihrer Festnahme ihre Tat ein und gab zu ihrer Verteidigung an: Durch eine Jägerin sei ihr gemeldet worden, daß ihre Handlinien auf großes Glück deuten. Als dieses Glück jedoch nicht kommen wollte und ihr Gesehter ihr untreu wurde und nach Paris wanderte, wollte sie sich das Leben nehmen. Um einen anderen Fortmond als unglückliche Liebe zum Selbstmord zu haben, veruntreute sie lange Zeit hindurch das Geld. In den Folgen ihres Selbstmordversuches lag sie dann lange Zeit schwer krank darnieder. Vor der Tat hatte sie ihrem Ehemann 2000 K zur Bezahlung der Begräbniskosten gefandt. — Bei der heutigen Verhandlung wurde ein ärztliches Zeugnis vorgelegt, das die Angeklagte als melancholisch, hysterisch und auch nicht ganz zurechnungsfähig bezeichnet. Da die Angeklagte den größten Teil der durch sie verursachten Schadens bereits ersetzt hat und den Rest abzahlten versprach, wurde sie zu sechs Monaten Kerker bedingt verurteilt.

Der Raubüberfall in Lieben.

Prag, 13. Febr. Der Schwurgerichtsprozess gegen die dunklen Ehrenmänner, die im Kaffeehaus „Kofka“ in Lieben einen Gast ausgeraubt hatten, wurde heute nach einjähriger Dauer verurteilt, da der Gerichtshof dem Antrag des Staatsanwaltes auf Verurteilung neuer Zeugen stattgegeben hat. Diese Zeugen sollen beweisen, daß der Überfallene — **Bojtsch** — erst am Tage der Tat von Kutenberg nach Prag gefahren ist und sich nicht, wie die Angeklagten behaupten, schon einige Tage in Prag vor seiner Verurteilung in Lieben herumgetrieben hat. Auch die Verteidigung wird bei Wiederaufnahme des Prozesses, die am 24. d. M. erfolgen wird, eine Anzahl neuer Zeugen führen.

Wilderer.

Prag, 13. Febr. Der Jeger Josef Husak, der in den Wäldern des Friedrich bei Dvofishan angestellt ist, entdeckte seit Monaten schon in seinem Reviere Schlingen und Hasenfellen, die zweifellos von Wilderern gelegt waren. Seinem Sohne gelang es endlich, zwei unbekannte Männer auf frischer Tat zu ertappen, doch mußte er damals, da er keine Waffe bei sich hatte, vor den bewaffneten Wilderern Reißaus nehmen. Erst am 22. Dezember wurde ein gewisser F. F. i. d. l. aus Zizkova festgenommen, der gerade Hasenfellen nachprüfte. Auf dem Wege zur Gendarmerei begann F. F. i. d. l. mit Husak zu raufen und würgte ihn. Einige Tage später wurde S. a. z. v. als Zizkova als Komplize F. F. i. d. l. festgenommen. — Heute hatten sich die beiden wegen Wildern, öffentlicher Gewalttätigkeit und verbotenen Waffentragens zu verantworten. F. F. i. d. l. wurde zu drei Monaten, S. a. z. v. zu sechs Wochen schweren Kerkers verurteilt. Gleichzeitig wurde beiden das Wahlrecht aberkannt.

Betrügerische Spekulationen.

Brünn, 12. Febr. Der ehemalige Leiter der Bankfiliale der „Ges. k. r. m. s. l. a. b. a. n. k. e.“ in Wischau Dobka und die beiden Beamten dieser Filiale Smetana und Stefel hatten sich wegen Veruntreuung beziehungsweise Mißbrauch an diesem Verbrechen zu verantworten. Die drei Angeklagten spekulierten, besaßen Deckungsakt und betrogen die Bank um insgesamt 715.170 K. Denn, da sie unglücklich spekulierten, deckten sie ihre Verluste mit den Guthaben fremder Kontos und veruntreuten der Bank auf diese Weise die angeführte Summe. Am 23. Juni 1921 verschwand Dobka, nachdem er der Fondsdirektion in einem Briefe seine Schuld eingestanden hatte, nach Agram und lebte dort sorglos ein Jahr — er hatte sich nämlich rechtzeitig noch 140.000 Kronen von irgendeinem fremden Guthaben geliehen — bis er bei seiner Rückkehr nach Wäahren verhaftet wurde. Heute schiebt einer die Schuld auf den anderen, ein jeder der drei wurde „verleitet“ oder „betrogen“. Die Verhandlung gegen das saubere Abo. Blatt mußte vertagt werden, da man vergessen hatte, irgendwelche Zeugen vorzuladen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Vor dem Kampf im Ostrauer Revier.

Am 16. Oktober vorigen Jahres wurde der letzte Kampf im Ostrauer Revier beigelegt. Damals wurden die Löhne um 25 Prozent und am 15. November um weitere 5 Prozent im ganzen also um 30 Prozent ermäßigt. Die Unternehmer im Ostrauer Revier gehen nun daran, die damals getroffenen Vereinbarungen zu zerreißen und einen neuen Kampf zu provozieren. Sie sind an die Arbeiter herangetreten, damit diese in der Abschaffung der Sechstundenschicht am Samstag einwilligen und als die Arbeiter nicht einwilligten, hängten sie auf den Gruben Annahmungen aus, worin sie die Achtstundenschicht am Samstag einfach verfügen und den Kollektivvertrag, mit dem die Achtstundenschicht am Samstag im Widerspruch steht, 21. Jänner kündigten, sodas dieser am 21. Febr. abläuft. Abgesehen davon, daß damit die Vereinbarungen vom 16. Oktober einfach gebrochen wurden, bestehen keine wirtschaftlichen Gründe zu einem solchen Vorgehen. Vor allem wird am Samstag im Ostrauer Revier noch immer nicht gearbeitet, sodas es vorläufig ganz gleichgültig ist, wie lange im Prinzip die Arbeitszeit am Samstag dauert. Weiter ist, wie der Abgeordnete Brozik im „Pravo Lidu“ schreibt, die Durchschnittsleistung der Bergarbeiter im Ostrauer Revier gestiegen. Anfang 1920 betrug die Leistung pro Kopf und Schicht 6,25 Meterzentner, im Oktober 1922 wurde die Durchschnittsleistung auf 7 bis 7,57 festgesetzt. Ende November betrug aber die Durchschnittsleistung schon 8 Meterzentner, Ende Dezember 8,24, im Jänner 8,30 Meterzentner. Die Durchschnittsleistung war also im Jänner um 32,8 Prozent größer als 1920. Die Bergarbeiter haben somit alles getan, um die tschechoslowakische Kohle konkurrenzfähig zu machen. — Wird bis zum 21. Febr. der Kollektivvertrag nicht abgeschlossen, dann dürfte es im Ostrauer Revier zum Kampfe kommen.

Besserung in der Waidnordorfer Textilindustrie.

Die Abwärtskrise im Waidnordorfer Bezirke, die bisher durch die Rekordzahl von 6000 arbeitslosen Industriearbeitern gekennzeichnet war, hat, wie die „Abwehr“ berichtet, in den letzten Wochen eine kleine Wendung zum Besseren erfahren. Wie wir bereits mitteilten, haben einige Textilbetriebe, so u. a. G. A. Fröhlich Sohn A. G., Schmidt u. Richter und Anton Richter, bereits mit allerdings stark eingeschränkter Arbeiterzahl den Betrieb wieder aufnehmen können. Mit Beginn dieser Woche wurde in der mechanischen Weberei J. A. Richter der Teilbetrieb wieder aufgenommen, die Baumwollwarenfabrik Brüder Richter und die mechanische Weberei S. C. Thiele werden in den nächsten Tagen folgen. Mit der Wiederaufnahme der Erzeugung in den genannten Unternehmen schieben rund 500 Arbeiter, d. i. etwa acht Prozent aus der staatlichen Arbeitslosenunterstützung aus. Diese leichten Zeichen einer Wiederbelebung des Waidnordorfer Wirtschaftslebens dürfen freilich nicht zu dem vorläufigen Schlusse verleiten, daß die Krise überwunden ist und der Gesundungsprozess seinen Anfang nimmt. Größere Aufträge, die die Beschäftigung auf längere Zeit hinaus gewährleisten würden, liegen nicht vor.

Aus der nordböhmischen Metall- und Glasindustrie. Das Abendblatt des „Ceske Slovo“ meldet, daß die Situation der nordböhmischen Metallindustrie noch immer problematisch sei. Während ein Unternehmen die Arbeit wieder aufnimmt, schiebe ein anderes Unternehmen und entlasse die Arbeiterschaft. So habe bei der Firma Thiele und Co. in Oficeg, wo seit vielen Mo-

noten bereits nur vier Tage in der Woche bei restringierter Arbeiterzahl gearbeitet wurde, die Hälfte der Arbeiter eine achtstündige Müdigung erhalten; die Direktion habe gleichzeitig erklärt, das sie, bis die halberigen Arbeiten beendet sein werden, den Betrieb völlig schließen werde. Dagegen hat sich bei der Firma Hirsch und Co. in Dux nach der ganzjährigen Krise sowie Arbeit angeschlossen, daß sie nicht nur voll arbeitet, sondern das auch versucht wird, die Arbeiter für Ueberstunden zu gewinnen. Diesen Vorschlag lehnt die Arbeiterschaft ab und will, es möge eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigt werden. In der Glasindustrie hat die Firma Hubscher in Dux vorige Woche den Betrieb wieder aufgenommen, allerdings vorläufig nur zum Teile, sie nimmt aber teilweise die früheren Angehörigen wieder auf. Auch die Firma Lufes und Co. in Dux hat der Arbeiterschaft die Wiedereinstellung des Betriebes angeboten, allerdings bei um 40 Prozent ermäßigten Löhnen.

Der Amsterdamer Gewerkschaftsbund und die sogenannte Rote Gewerkschafteninternationale.

Am 13. Jänner erhielt der Internationale Gewerkschaftsbund ein Telegramm Iosowskys, des Sekretärs der sogenannten Roten Gewerkschafteninternationale in Moskau, in dem dieser den Vorschlag macht, ausführliche Verhandlungen über gemeinsame Aktionen zur Abwehr eines neuen Krieges einzuleiten. Am 15. Jänner erhielt der Internationale Gewerkschaftsbund im Amsterdam ein Schreiben desselben Abenders, in dem eine gemeinsame Aktion gegenüber dem Faschismus vorgeschlagen wird. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in einem Briefe vom 30. Jänner unter anderem folgendes geantwortet: „So wünschenswert und notwendig die Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, die Bourgeoisie aller Länder, auch ist, so sehr diese Einheit, dieser gemeinschaftliche Kampf, als Grundlage vor allem ein gegenseitiges Vertrauen voraus. Das dieses gegenseitige Vertrauen tatsächlich vorhanden ist, werden Sie kaum behaupten können. Die von Ihrer Organisation gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund andauernd gerichteten Angriffe und Verdächtigungen, die zur selben Zeit erfolgen, während der Sie ihm ein Anerbieten zu gemeinsamem Vorgehen machen, müßten in diesem Falle noch unmotivierter und deplazierter erscheinen, als sie es ohnedies schon sind. Das die in der Arbeiterklasse herrschende Uneinigkeit, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund nicht heraufbeschworen noch gefördert, von Ihrer Organisation dagegen hervorgerufen und unangeseht geführt wurde, schließlich nur der Bourgeoisie zugunsten kommt, ist ein Faktum, das von niemandem mehr bedauert wird als von mir. Die Verantwortung hierfür fällt jedoch auf Sie und die Ihren zurück. Sollten Sie es aus propagandistischen Gründen für notwendig und erwünscht erachten, weitere Angebote zu gemeinschaftlichen Aktionen an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu richten, so steht Ihnen dies natürlich frei. Sie werden mir nur zustimmen, diese Ersuchen und Angebote, solange sie nicht ehrlich und ernst gemeint sind, in Zukunft unbeantwortet zu lassen und von meiner Zeit anderen und nützlicheren Gebrauch zu machen, um die Einheit des Proletariats für den gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus vorzubereiten und zu realisieren.“

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (8)

Draußen wartete er zitternd vor Wut auf den Feind. Ohne Klänlein einzuleiten, über die Wundenämpfe selten gedeutet, sprang er den Pflegerer Sohn an. In wütender Umschlingung wälzten sich die beiden Körper durcheinander. Ernst war nur ein schwächlicher, wenig ansehnlicher Knabe, doch er besaß die gefährliche Plutzeit aller Kinder, die sich viel im Freien tummeln. Bald kietete er auf dem schwerfälligen Gegner und drosch sinnlos auf ihn ein.

„Du Hund, du... du Hund... da... da...“ Er zitterte am ganzen Körper, und die hellen Tränen kolkerten über das verschrammte Gesicht. Bis eine kräftige Faust ihn unsanft von seinem Opfer riß und derbe Ohrfeigen ihm seine Waden prasselten. Der Vater des Besiegten hatte eingegriffen.

„Wart, du Banker! Dir will's ich's versetzen, christlicher Leute Kinder zu prügeln, wo du froh sein kannst, daß sie überhaupt mit dir zusammen sein mögen...“

Ernst wärte die Schläge eigenlich gar nicht. Nur die rohen Worte schlangen ihm donnernd in die Ohren. Er stand einen Augenblick wie in tiefer Ueberlegung, konnte dann blücheln zu einem Steinhaufen, wo er eine Handvoll Steine aufraffte, und schleuderte unter unflähen Worten dem Mann die Steine nach. Der begnügte sich mit der Faust zu drohen.

Noch spielend vor Wut rannte Ernst geraden Laufs zur Mutter. Er wollte wissen, was ein „Banker“ ist.

Maria Mäl hatte die Frage noch nicht richtig gehört, da stürzte sie auch schon in die Wohnung des Pflegerers. Wenige Minuten später lag der halbe Zwinger in den Fenstern und lauschte ver-

gnügi dem Stimmengewirr aus dem Nebendischen Laden. Maria, schnell zu Entladungen bereit, fragte mit schallender Stimme, ob man vielleicht erst einen vollgefressenen Heringsbreiter fragen müßte, ob er etwas zu dem Ruben zähle, ob er sich vielleicht nochmal unterlasse, den Ruben zu schlagen, und ob sie ihm den Ruben ins Gesicht werfen solle, wenn er nicht hinter dem Laden tisch bleibe.

Am Abend kam für Ernst das Nachspiel in Gestalt einer Tracht Prügel. Man hatte bei dem Pflegerer bisher borgen können. Das war nun vorbei, und Ernst mußte dafür mit Zug und Recht büßen.

Wider Groß verblieb Ernst aus diesem Erlebnis. Er grübelte um's ist, warum er gehauen worden war. Die Kinder um ihn hatten es schwer. Ernst wußte und knuffte alles, was schwächer war und stürzte sich in jedes Handgemenge zwischen feindlichen Brüdern, mochte es ihn angehen oder nicht. Außerdem wurde er noch schauer und zog sich ganz in eine selbstgeschaffene Einsamkeit zurück, die er mit bedeutlichen Bücherhelden bevölkerte. Rinaldo Rinaldini, der banerische Hiesl, Leichtweis und ähnliche Romanhelden der Vorstadt waren die Gäste seiner Einsamkeit. Die billigen Feste lagen überall herum, und wer hätte Zeit und Verständnis gehabt, Ernst vor dieser ehrenwerten Gesellschaft zu warnen?

Bier Klassen Volksschule hatte Ernst hinter sich, als es einem gutherzigen Mann einfiel, ihn zu verpflanzen. Der Bilar Blume nahm den kleinen Ernst gelegentlich in seine Wohnung und fragte nach den häuslichen Verhältnissen. Der junge Bilar war ein Christenmensch. Das erkannte jeder, der ihn nur einmal, „Jesus“ sagen hörte. Es lag darin eine kindlich gläubige Betonung, ganz fern jener unmöglichen Vertraulichkeit jüngerer Kirchenlichter, die immer so tun,

als wären sie Gott Vater, Sohn und heiligem Geist persönlich bekannt.

Der Bilar wollte mit ihnen sprechen, richtete Ernst eines Tages den Eltern aus.

Johannes deutete den schwarzen Wollschopf und Maria wechselte in zwei Minuten dreimal die Schürze. Immer wieder blies sie ein gar nicht vorhandenes Ständchen von den billigen Abzahlungsmöbeln.

Als der Bilar endlich kam, knitze Maria Mäl aufgeregt, wuschte zum zehnten Male Staub und lud den Besucher ein, sich zu setzen. Johannes gab den Versuch einer Verbeugung schnell auf, laute einen halben Gruß und hielt die schweren Arbeitshände krampfhaft hinter dem Rücken. Er verließ sich ganz auf Maria und auf sein frühgemaschtes Hemd. Er starrte den Versuch in unberholener Hochachtung an, und alles schien ihm an dem jungen Geistlichen bemerkenswert. Der langschiffige Rod aus schwarzem Tuch, die goldene Brille, vornehmlich aber die weichen, gepflegten Hände, die so sicher auf der Tischdecke ruhten. Gottes Wunder! Solche Hände gab es also auch auf der Welt!

Maria hatte sich bald gefast. Sie war nicht umsonst in der Großstadt aufgewachsen. Ohne zu reden, schob sie aus der Tür. Mit Schwarzbrod, Butter, Käse und einem riesigen Reichtum lehrte sie zurück. Diese Lederbüßen stellte sie vor den Gast, hielt erst einen ziemlich Vortrag über Wert und gute Beschaffenheit der einzelnen Waren zusammen den Quellen, aus denen sie flossen, und endete mit der Aufforderung, zuzugreifen.

Johannes fühlte dunkel, daß er nun auch etwas tun müsse. Er fingerte bedächtig im rechten Hosensack, hie ein Markstück heraus und händigte es Ernst mit den gewichtigen Worten ein: „Lauf, Bub! A Maß Bier für'n Herrn Pfarrer!“

Bilar Blume fühlte hinter der plumpen

Form die gute Absicht und hinderte nicht. Nettlich und Bier schlug er allerdings aus und bot dafür um eine Tasse Milch, was Johannes zu der tiefen Ueberlegung bewog, ob nun Bier oder Milch für den Menschen besser sei.

Dann kam der Zwies des Besuches an die Reihe. Bilar Blume wollte Ernst in die Realschule geben. Was die Eltern dazu sagten?

Allerhand Einwendungen, in sehr gedrahten Ton vorgebracht, brachten das Gespräch schließlich auf den Kern der Sache. Der Bilar möchte wissen, was die Eltern in der Woche verdienen. Vater Johannes spielte im Leben meist den stimmten Zuschauer. Die unvermittelte Frage bewirkte ihn deshalb. Als wäre die Antwort auf dem Grund des Biertrugs zu finden, bot er einen gedankenvollen Schlaf an, bevor er herausdrückte: „Sind halt bloß 28 Pfennig die Stunde und ein Stunden arbeiten wir. Dann gib's a Nacht oder an Sonntag Rast Wöschn. Dafür zahlt der Meister 40 Pfennig.“ Der Bilar war schnell mit der Rechnung fertig. Der Mann 18, das Mädchen 6—7 Mark, jedenfalls nicht über 25 Mark, in der Woche: Da ließ sich allerdings nicht ans Studium denken. Er versprach tatkräftige Beihilfe und bekam die Zusage.

Bilar Blume war aber auch Geillicher, und die Gemeinschaft der zwei Leuten gefiel ihm nicht.

Weber Johannes zögerte noch sein Mädchen hatten es bislang normalerweise gefunden, auf einem roten Samtschemel zu sitzen und das berühmte laute und deutliche „Ja“ zu sagen. Johannes wußte sich ganz frei von diesem Bedürfnis, denn einmal redete er nicht fern, und dann war die Unebschtheit in seiner Familie Ueberlieferungsang. Seit drei Geschlechtern hatte es in der Familie keine Trauung gegeben vom Erhpater ab. Weiter reichte die Ueberlieferung nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Teufelstürze.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for various locations like Paris, London, Berlin, etc., listing Gold and Ware prices.

Prager Kurie.

Table with exchange rates for Prague, listing Gold and Ware prices for various items.

Kunst und Wissen.

Geistliche und weltliche Musik.

Wer die ungeheure Literatur geistlicher Musik von der Mitte des vierten Jahrhunderts in die klassische Zeit der Musikgeschichte, also von Ambrosius und Gregor dem Großen bis Palestrina und von diesem bis Haydn, Mozart, Beethoven und Schubert ins Auge faßt, lernt verstehen, daß die modernen Chor-dirigenten mit besonderer Vorliebe zu den geistlichen Werken der Tonkunst greifen, um sie als dankbarste, immergrüne Blüten tonidichterischen Schaffens der Menschheit zu erschließen.

Zunächst gab es eine Bach gewidmete „geistliche Abendmusik“ in der deutschen evangelischen Kirche. Hoffentlich erhalten sich diese „geistlichen Abendmusiken“ nun auch als ständige Einrichtungen im Prager Musikleben und finden in der Provinz Nachahmung.

Während sich dieses Kirchenkonzert vorwiegend mit Bruchstücken aus größeren Werken des Meisters behaft, dient das zweite sonnenmorgige Konzert des Deutschen Singvereins der Vermittlung größerer Gesamtwerke Bachs.

Der dritte Treffer in der Reihe der Chor- und Ensemble-Konzerte war ein der weltlichen Tonkunst dienender Brahms-Abend der deutschen Madrigal- und Quartett-Vereinigung.

verein eröffnete sein 47. Vereinsjahr mit einem Konzert der Dresdner Kammerfängerin Terzani, einer Finnin, die der Dresdner Kapellmeister Dr. Chytrý musterhaft am Flügel begleitete.

Eine ausgezeichnete, technisch und geistig hochsichende Pianistin lernten wir in der Ungarin Jenka Ticharich kennen, deren klassisch-moderne Programm die wahre Musikerin verriet.

Edwin Janetschel.

„Der Günstling der Jarin“. Operette in drei Akten von Richard Kehler und Hermann Feinert. Musik von Robert Winterberg. Erste Aufführung im Deutschen Theater am 10. Febr. 1923.

Die Krise des modernen Theaters. (Vortrag Barthold Viertel in der Urania.) Menschen, die von dem Glauben erfüllt sind, daß die Krise des Geistes in der Gegenwart dadurch überwunden werden kann, daß die Isoliertheit des Individuums durch das Leben in der Gemeinschaft zu ersetzen ist.

Der dritte Treffer in der Reihe der Chor- und Ensemble-Konzerte war ein der weltlichen Tonkunst dienender Brahms-Abend der deutschen Madrigal- und Quartett-Vereinigung.

amerikanischen Film zeigt es sich an in einem Nahrungswenden, stark hervortretenden sozialen Element. Nach Überwindung dieses den Umschwung vorbereitenden Films erschloß Viertel das Neue. Feiner am Berliner Staatstheater und die Berliner Volksbühne lassen diese Vorzeichen keimenden Gemeinheitswillens merken, eine Truppe schart sich um einen neuen Regisseur (ist es Viertel selbst?) und arbeitet gemeinsam an einem Werk schon vier Monate — der Regisseur wird wieder Dramaturg, die Bühne wieder wahrhafte Volksbühne sein.

Neues Theater. Heute, Mittwoch „Der Günstling der Jarin“; morgen, Donnerstag „Lolca“; Freitag „Bildschütze“; Samstag „Rosa Bernd“; 10 Uhr Nachspottstellung; Sonntag „Rosenkavalier“ mit Richard Mayr-Wien als Ochs von Perchenau.

Kleine Bühne. Heute „Lolca“; Donnerstag „Die Flucht nach Venedig“.

Literatur.

Marx - Gedächtnisfestschrift. Zum vierzigsten Todestag von Karl Marx erscheint eine in Tiefdruck illustrierte Marx-Festschrift im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW. 68.

Aus der Partei. Arbeiterbildnerkurs.

Der Bildungsausschuß der Kreisorganisation Teplitz-Soaz veranstaltete einen Kurs, um die Genossen und Genossinnen, die im proletarischen Bildungswesen tätig sind, für ihre Aufgaben einheitlich zu schulen.

An dem Kurs nahmen im Durchschnitt 94 Hörer teil. Der Bezirk Teplitz entsandte 39, Dux 19, Bilin 17, Aussig 7, Oberleutensdorf 5, Brüx 3, Górfrau 3 und Postelberg einen Schüler.

Der Lehrplan des Kurses umfaßte: 1. Wurzeln u. Wesen der Massenschulung. Vormittags: Wirtschaft u. Geist. — Zur Geschichte der Volksschulung. — Industrie, Demokratie u. Massenbewußtsein. — Volksschulung und Arbeiterbildung, Organisation, Finanztechnik und Pädagogik. — Nachmittag: Die Grundpfeiler der Bildungsaktion.

2. Die Schulung durchs Wort. Vormittags: Schulthypen. Vom Einzelvortrag zur Arbeiteruniversität. Nachmittags Hörertypen. Kind und Erwachsener. — Mann und Frau. — Masse und Führer.

3. Schulung durchs Buch. Vormittags: Arbeiter- und Gemeindebücherei. Formen der Schriftenverbreitung. Presse und Kolportage. Die Buchspenoffenschaft. — Nachmittag: Die vier Elemente der öffentlichen Bücherei: Raum, Bücher, Leser und Buchwart.

4. Proletar. Geselligkeit. Vormittags: Vergnügung und Verdrängung: Kino, Kirche, Alkohol, Festkultur, Theater und Musikpflege. Proletarischer Sport. Natur. Urlaubskultur. Nachmittags: 5. Kultur und Sozialismus. Geistiges Leben in den Revolutionen Englands, Frankreichs, Italiens, Russlands. Bildung und Klassenkampf. Massenschulung und Sozialismus. Marx über Masse und Wissenschaft.

müßerhaft verstand, die Hörerschaft mit den schwierigen Aufgaben der Arbeiterbildung bekannt zu machen. Er hat wohl alle Teilnehmer durch seine klaren Erläuterungen von der Notwendigkeit fleißiger Arbeit auf dem Gebiete der Arbeiterbildung überzeugt und sie als Mitarbeiter gewonnen.

Bezirkskonferenz Bilin. Sonntag, den 25. Februar findet um 2 Uhr nachmittags in der Volkshalle in Bilin die halbjährige Bezirkskonferenz statt.

Jugendbeziehung. Gründungsversammlung der Ortsgruppe Prag. Samstag, den 17. Febr. 1923 um 8 Uhr abends findet im Café „Rizka“ (Vereinszimmer) die gründende Versammlung der Ortsgruppe Prag des sozialistischen Jugendverbandes statt.

Turnen und Sport.

Kleine Sportnachrichten. Vorgestern abends begann im Eispalast in Paris das internationale Eishockey-Turnier. Die ausländischen Mannschaften, unter denen sich auch belgische und tschechoslowakische befinden, wurden herzlich begrüßt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for Kumerol, a plant-based oil. Includes an illustration of a person and text: 'Kumerol - Spezial bestes streichbares Pflanzenfett.'

Advertisement for an optician: 'Das Beste für ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Al. Bazar. 189'

Advertisement for a restaurant: 'Heute großer Faschings-Rummel im Kreuzi-Keller und Restaurant Nekozambek 7. Bis früh geöffnet!! Gebratene Schweinshaxen mit Egerländer Knödel und Kraut. Samstags Anstich von Märzenbier!!'

Advertisement for Anglo-Czechoslovak Bank: 'Prag, Hybernská 5. Aktienkapital Kč 120.000.000. Durchföhrung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.'